



**STARKE BILDUNG. STARKER STANDORT.
BILDUNG IN ÖSTERREICH | POSITIONEN UND FORDERUNGEN**

**Abteilung für Bildungspolitik
2017**



IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber

Wirtschaftskammer Österreich
Abteilung für Bildungspolitik, Prof. Dr. Michael Landertshammer
Wiedner Hauptstraße 63, A-1045 Wien
wko.at/bildung, bp@wko.at

Gestaltung

design:ag, Alice Gutleiderer, www.designag.at

Druck

Paul Gerin GmbH & CoKG, 2120 Wolkersdorf
Oktober 2017

Wenn im folgenden Text männliche Schreibweisen verwendet werden, so ist bei Entsprechung auch die weibliche Form inkludiert. Auf eine durchgehende geschlechtsneutrale Schreibweise wird zu Gunsten der Lesbarkeit des Textes verzichtet.



INHALTSVERZEICHNIS	3
VORWORT	4
 EXECUTIVE SUMMARY	5
 BILDUNGSPOLITISCHE LEITLINIEN DER WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH	9
 VORSCHULISCHER BEREICH: FRÜH ÜBT SICH ...	13
Digitales Lernen und Digitale Kompetenz	16
Migration und Integration	17
 DIE BESTEN SCHULEN DER WELT: STRUKTUREN VERÄNDERN	19
Berufsorientierung	26
 LEHRE: ÜBUNG MACHT DEN (WELT)MEISTER	27
Internationalisierung	32
 HOCHSCHULEN: AM PULS DER ZEIT	33
Lebenslanges Lernen und Durchlässigkeit	39
 WEITERBILDUNG. AM BALL BLEIBEN.	41
STICHWORTVERZEICHNIS	46
IHRE ANSPRECHPARTNER IN DEN BUNDESLÄNDERN	48



LIEBE LESERIN! LIEBER LESER!

Mit dieser Broschüre erhalten Sie einen Überblick über die Forderungen der WKÖ an die österreichische Bildungspolitik. Für die Teilbereiche des Bildungssystems stehen laufend aktualisierte Detailkonzepte für Sie als Service bereit.



© Doris Kucera [2]

Das vorliegende Forderungs- und Positionspapier definiert folgende Ziele:

- Elementarpädagogik als grundlegenden Teil des Bildungswesens etablieren
- Digitales Lernen ausbauen
- Migration für Fachkräftegewinnung nützen und Integration fordern und fördern
- Schulwesen reformieren
- Berufsorientierung verbessern
- Duale Ausbildung stärken
- Internationalisierung vorantreiben
- Arbeitsmarktrelevante Hochschulbildung sichern
- Strategie des lebenslangen Lernens umsetzen
- Durchlässigkeit in allen Bildungsbereichen schaffen
- Berufliche Weiterbildung stärken und ausbauen

Die Bildungspolitik ist ein Bereich, in dem der Weg von Reformen konsequent und nachhaltig weiterverfolgt werden muss. Hier braucht es Tatkraft und klare Worte im Interesse unserer Gesellschaft:

- Wir wollen die Freude an Leistung als Grundstein schon im Kindergarten gelegt wissen.
- Wir wollen die Schulen, die vor besonderen Herausforderungen stehen, ermutigen Bildungsstandards und professionelles Management umzusetzen.
- Wir wollen noch mehr selbstbewusste, neugierige und zielorientierte Persönlichkeiten in die Berufswelt bringen.
- Wir wollen wissenschaftliche Elite an unseren Universitäten, Privatuniversitäten für neue Impulse, mehr Fachhochschulabsolventen und die Berufsakademie weiter ausbauen.

Sorgen wir gemeinsam für optimale Bedingungen für BILDUNG – unseren Rohstoff Nummer eins!

Dr. Christoph Leitl
Präsident

Mag. Anna Maria Hochhauser
Generalsekretärin



1 | EXECUTIVE SUMMARY



ABC



UNSERE ZENTRALEN FORDERUNGEN AUF EINEN BLICK:

VORSCHULISCHER BEREICH: FRÜH ÜBT SICH ...

- **BUNDESRAHMENGESETZ FÜR ELEMENTARE BILDUNGSEINRICHTUNGEN:** Einheitliche und verbindliche Standards regeln den Bildungsplan, die Aus- und Fortbildung des Personals, die Kinderzahl pro Gruppe, Öffnungszeiten etc.
- **BILDUNGSZIELE SETZEN, SPRACHFÖRDERUNG AUSBAUEN:** Frühkindliche Bildung soll helfen, bestimmte Niveaus in Sprache, Sozialkompetenz oder auch im Umgang mit Zahlen zu erreichen. Dazu ist eine gezielte Sprachförderung von Kindern mit mangelnden Sprachkenntnissen und die Einführung eines zweiten verpflichtenden Kindergartenjahres unerlässlich.
- **FLEXIBLERE ÜBERGÄNGE SCHAFFEN:** Jedes Kind soll dann in die Volksschule kommen, wenn es tatsächlich reif für die Schule ist.

DIGITALISIERUNG



- **DIGITALE KOMPETENZEN VON DER VOLKSSCHULE BIS ZUM LEBENSLANGEN LERNEN:** Digitale Kompetenzen sind sowohl als Querschnittsmaterie als auch in einem eigenen Fach zu vermitteln. Voraussetzung dafür sind gut ausgebildete Lehrer und eine adäquate Infrastruktur in allen Bildungseinrichtungen und auf allen Bildungsstufen. Junge Menschen müssen mit Ende der Pflichtschule über ein Mindestmaß an digitalen Kompetenzen verfügen.

MIGRATION UND INTEGRATION

- **VON ANFANG AN QUALIFIZIEREN:** Die Erhebung der Qualifikationen und Interessen von Asylwerbern und allfälligem Nachzug von Familienangehörigen soll unmittelbar nach der Einreise erfolgen und bei der Aufenthaltszuteilung sowie der Erstellung eines Integrationsplans mit Sprachkursen, Berufsorientierung, Nachqualifizierungen und Arbeitserprobungen berücksichtigt werden.
- **SPRACHE FÖRDERN:** Verpflichtende, laufende Sprachstandsfeststellungen in der Vorschule und im Pflichtschulalter, um auf dieser Grundlage individuelle Förderung sowohl integrativ als auch additiv zukommen zu lassen. Dazu ist das Personal entsprechend auszubilden, Eltern sind im Bedarfsfall in Verantwortung zu nehmen.

DIE BESTEN SCHULEN DER WELT: STRUKTUREN VERÄNDERN

- **BILDUNGSPFLICHT STATT SCHULPFLICHT:** Um mehr Transparenz zu schaffen, soll es für alle Schularten am Ende der 8. Schulstufe zentrale standardisierte Überprüfungen der Kompetenzen geben (Bildungsstandards). Das Erreichen dieser Standards ist ausschlaggebend für die Absolvierung der Schulpflicht. Wirtschaftswissen, Unternehmertum und die „MINT“-Fächern sollen deutlich gestärkt werden.



■ **QUALITÄT UND EFFEKTIVES SCHULMANAGEMENT DURCHSETZEN:** Der Bund soll Bildungsziele vorgeben und über ein unabhängiges Qualitätsmanagement die Zielerreichung in den Schulen begleiten. Die Verantwortung der Länder soll gestärkt werden, indem sie die Umsetzung der Ziele vor Ort abwickeln, etwa als Schulträger.

■ **ERGEBNISORIENTIERUNG UND VERANTWORTUNGSÜBERNAHME:** Die Schulen übernehmen Verantwortung für Ihre Leistungen und werden in der Sekundarstufe II nicht mehr nach der Anzahl der aufgenommenen Schüler finanziert, sondern, anhand einer qualitätsgesicherten, externen Output-Überprüfung, nach Absolventen-Anzahl.

■ **REKRUTIERUNG UND AUSBILDUNG MODERNISIEREN:** Schulleiter sollen ein aktives Personalmanagement betreiben, Lehrer bewerben sich direkt am Standort, Entlassungen sind möglich. Die Lehrerausbildung soll durch eine Bestenauslese und eine möglichst frühe berufliche Praxis gekennzeichnet sein.

BERUFSORIENTIERUNG

■ **BERUFSINFORMATION UND BILDUNGSBERATUNG AN SCHULEN WEITER AUSBAUEN:** In der 7. und 8. Schulstufe soll in allen Schultypen Berufsinformation und Bildungsberatung im Rahmen eines eigenen Unterrichtsgegenstandes erfolgen. Potentialanalysen bzw. Talentechecks runden die Stärkenfindung aller Jugendlichen ab. In der Lehramtsausbildung wird allen eine Basisausbildung in Berufsorientierung und Wirtschaft vermittelt.

LEHRE: ÜBUNG MACHT DEN (WELT)MEISTER

■ **ÜBERGREIFENDE STRATEGIE ZUR BERUFSBILDUNG:** Steuerung durch Bedarfserhebung und Evaluierung, Abstimmung der Angebots- und Standortentwicklung, Abstimmung der Curricula.

■ **AUSBILDUNGSBETRIEBE STÄRKEN:** Die WKÖ ist die Interessensvertretung der Ausbildungsbetriebe, die durch Beratung und Infrastruktur in ihrer Rolle gestärkt werden sollen.

■ **BERUFSWELT- UND BERUFSEUROPA MEISTERSCHAFTEN WEITERFÜHREN:** Die Teilnahme an WorldSkills und EuroSkills soll mit Unterstützung durch die Bundesregierung auf hohem Niveau fortgesetzt werden.

INTERNATIONALISIERUNG

■ **HEIMISCHE WIRTSCHAFT BEI FACHKRÄFTESICHERUNG IM AUSLAND UNTERSTÜTZEN:** Die österreichische Wirtschaft soll im In- und Ausland bei der Fachkräftesicherung unterstützt und die (duale) Berufsbildung in ausgewählten Zielländern forciert werden. Dabei wird auch ein Beitrag zum Aufbau von wirtschaftlichen Perspektiven geleistet – für österreichische Betriebe und für die Ökonomien der dortigen Länder.

HOCHSCHULEN: AM PULS DER ZEIT

■ **ZAHLE DER MINT-HOCHSCHULABSOLVENTEN ERHÖHEN:** Im MINT-Bereich sollen Studienplätze an Universitäten und Fachhochschulen ausgebaut werden, vor allem mit dem Fokus auf Ingenieurwissenschaften und Informatik. Es sollen finanzielle Mittel im Zuge der Studienplatzfinanzierung und auch für die hochschulische Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden.

- **FACHHOCHSCHULSEKTOR AUSBAUEN:** Der Bund soll in den Ausbau des Fachhochschulsektors investieren, sodass langfristig 60 Prozent und bis 2025 zumindest 40 Prozent aller Absolventen an Fachhochschulen studiert haben.
- **RICHTIGE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR UNIVERSITÄTEN:** Öffentlichen Universitäten brauchen die richtigen Rahmenbedingungen: Faire Zugangsregelungen, kapazitätsorientierte, studienbezogene Finanzierung, Studienbeiträge und ein Stipendienwesen nach Maßgabe der sozialen Bedürftigkeit, der fachlichen Eignung und dem Studienerfolg.
- **GESAMTHAFTE HOCHSCHULSTRATEGIE IM EINKLANG MIT DER WIRTSCHAFT:** Das Projekt „Zukunft Hochschule“ soll von Bund und Hochschulen konsequent umgesetzt werden und insbesondere der Sektor der Privatuniversitäten und der akademischen Weiterbildung strategisch und entlang wirtschaftlicher Interessen geplant werden. Die Durchlässigkeit, insbesondere zwischen beruflicher und akademischer Bildung, und die Anrechnung beruflicher Kompetenzen soll erhöht werden.

LEBENSLANGES LERNEN UND DURCHLÄSSIGKEIT

- **POLITIK KOORDINIEREN:** Die Verantwortung für die Querschnittsmaterie Lebenslanges Lernen (LLL) und einen Relaunch der LLL-Strategie soll politisch in einem Staatssekretariat verankert werden.
- **DER NATIONALE QUALIFIKATIONSRAHMEN ALS GEMEINSAMER RAHMEN ÜBER ALLE ABSCHLÜSSE:** Der nationale Qualifikationsrahmen (NQR) soll als einheitlicher Bezugspunkt für alle formalen und nicht-formalen Bildungsabschlüsse dienen. Damit soll die gesamte Qualifikationslandschaft entsprechend ihrer Bedeutung am Arbeitsmarkt bzw. für weiterführende Bildung abgebildet werden und damit eine prinzipielle Gleichwertigkeit von allgemeiner, beruflicher und akademischer Bildung zum Ausdruck bringen.

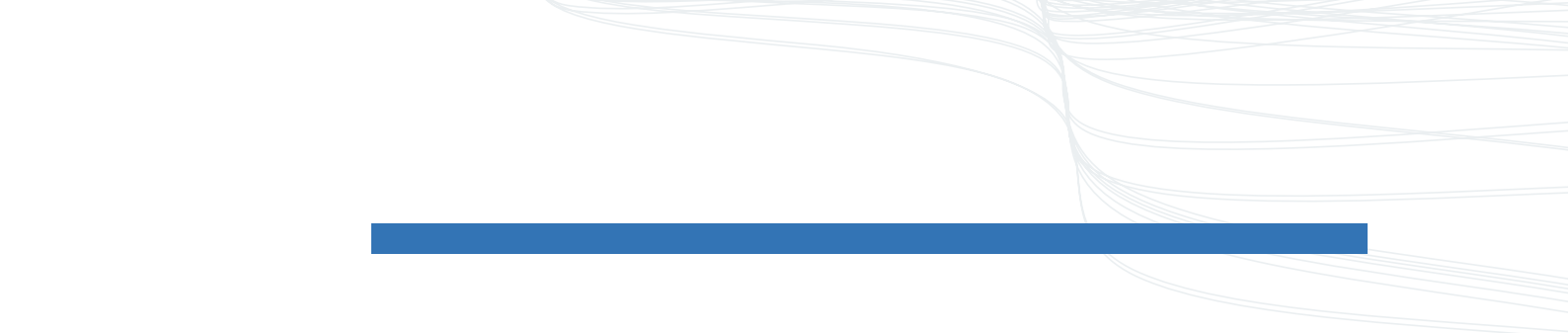
WEITERBILDUNG: AM BALL BLEIBEN

- **FÖRDERUNGEN FÜR INDIVIDUEN UND UNTERNEHMEN VERBESSERN:** Für den Bereich weiterführender und beruflicher Weiterbildungen sollen individuelle Bildungskonten geschaffen werden, die privates Bildungssparen und öffentliche Förderungen verknüpfen. Für die im Zuge der Steuerreform 2015/2016 abgeschafften Instrumente Bildungsfreibetrag und Bildungsprämie soll ein Nachfolgemodell geschaffen werden.
- **QUALITÄTSSTANDARDS:** Öffentliche Förderungen an Weiterbildungsanbieter sollen mit dem Nachweis von Qualitätsstandards verknüpft werden. Dies können anerkannte nationale oder internationale Standards sein.
- **SCHAFFUNG EINES GEMEINSAMEN RAHMENS „HÖHERE BERUFSBILDUNG“:** Für berufliche Weiterbildungen und Prüfungen (Meister- und Befähigungsprüfungen, Werkmeisterschulen, Bilanzbuchhalterprüfung etc.) auf den NQR-Niveaustufen 5 bis 7 soll als begriffliche Klammer „höhere Berufsbildung“ in das österreichische Bildungssystem eingeführt werden. Damit soll dieses für die Wirtschaft wichtige Bildungssegment sichtbar und die Gleichwertigkeit dieser Qualifikationen mit jenen der akademischen Tertiärbildung signalisiert werden.



2 | BILDUNGSPOLITISCHE LEITLINIEN DER WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH





Bildung und die damit einhergehenden Leistungen des Einzelnen resultieren in Wissen, Fertigkeiten und Kompetenzen. Sie sind Grundvoraussetzung für Wirtschaftswachstum und Wohlstand. Bildung bestimmt die individuelle Produktivität sowie die Anpassungsfähigkeit des Einzelnen in einer sich ständig verändernden Arbeitswelt. Gleichzeitig trägt Bildung zur Persönlichkeitsentfaltung bei und schafft die Voraussetzungen für Gemeinsinn und Demokratie. Durch Bildung werden die geistigen, kulturellen, kreativen und lebenspraktischen Potenziale und die sozialen Kompetenzen von Menschen zur Entfaltung gebracht. Darüber hinaus muss sich Bildung neben der individuellen Interessenslage auch am Bedarf der Unternehmen orientieren und den Einzelnen zur Teilhabe am Arbeitsmarkt befähigen.

Unsere bildungspolitischen Positionen gründen auf einem vielseitigen, ganzheitlichen und nachhaltigen Bildungsbegriff. Die verschiedenen Funktionen von Bildung sind keine Gegensätze, sondern stehen in einem komplementären Verhältnis zueinander. Bildung muss zweckfrei und bedarfsorientiert, theoretisch und praktisch, geistig und manuell sein. Bildung findet in Klassenzimmern und in Unternehmen, in Hörsälen und in Werkstätten, in formalen Settings und informell statt. Bildung ist ein öffentliches Gut und sie ist eine marktfähige Dienstleistung.

Absolute, pauschalierende und von der individuellen Neigung und Eignung sowie dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedarf losgelöste Deutungen von Bildung greifen zu kurz. Für Bildung fallen erhebliche Kosten an. Vor allem, weil der größte Teil der aufgewendeten Finanzmittel steuerfinanziert ist, bedarf es einer verantwortungsvollen und nachhaltigen politischen Gesamtstrategie. Das vorliegende Positionspapier macht dazu konkrete Vorschläge auf Basis folgender Leitlinien:

BILDUNG ALS INVESTITION VERSTEHEN

Bildungsausgaben sind eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft. Als solche und unabhängig von ihrer konkreten inhaltlichen Ausprägung muss Bildung unter Effektivitäts- und Effizienzgesichtspunkten gesehen werden. Öffentlich finanzierte Bildung bedarf konkreter und verbindlicher Bildungsziele, deren Zielerreichungsgrad regelmäßig überprüft wird. Bildungsinvestitionen führen zu hohen gesellschaftlichen und individuellen Erträgen. Die sozialen Erträge sind vor allem für Grund- und Allgemeinbildung sowie für die berufliche Erstausbildung sehr hoch. Entsprechend hohe steuerfinanzierte Ausgaben für Bildung sind demnach absolut begründet. Je höher der private Nutzen in Form von höherem Erwerbseinkommen, Status, erhöhter Produktivität etc. ist, desto mehr ist eine private Kostenbeteiligung gerechtfertigt. Dies trifft insbesondere für Hochschulbildung und weiterführende berufliche Weiterbildung zu.

LEISTUNG FORDERN UND POTENZIALE FÖRDERN

Verbindliche Bildungsziele erfordern Leistung, sowohl von Seiten der Lernenden als auch von Seiten der Lehrenden. Leistung muss verlangt, gefördert und belohnt werden. Es hat allerdings wenig Sinn, Leistung in einer nicht motivierenden Lernsituation einzufordern. Nicht-Leistung bestraft sich in einer leistungsförderlichen Umgebung selbst. Bildung muss sich an den Potenzialen der Lernenden orientieren und entsprechend leistungsdifferenziert organisiert sein. Bildung hat das Ziel, Talente zur Entfaltung zu bringen.

Mit Ausnahme der in Gesellschaft und Beruf unabdingbaren Kulturtechniken (Sprechen, Lesen und Schreiben, Rechnen, Wirtschaftskenntnisse, digitale Kompetenzen- und Englisch) darf es keine reflexartigen Wertigkeiten zwischen handwerklichen, humanwissenschaftlichen, technischen, naturwissenschaftlichen und

anderen Bildungsinhalten geben. Bildungs- und damit einhergehende Beratungsprozesse müssen so gestaltet sein, dass Individuen mögliche Interessen und Begabungen in unterschiedlichsten Bereichen bei sich entdecken und entwickeln können.

TRANSPARENZ UND GLEICHWERTIG- KEIT VON BILDUNGSINHALTEN GEWÄHRLEISTEN

Lernleistungen müssen transparent sein. Unabhängig davon, wo Lernleistungen erbracht werden (Schule, Hochschule, Lehrlingsausbildung, non-formales Lernen in der Weiterbildung oder informelles Lernen) müssen diese für Dritte durch Qualifikationsnachweise erkennbar gemacht werden können.

Die relative Wertigkeit von Qualifikationsnachweisen darf sich nicht nach dem Lernort oder der Lernart, sondern einzig nach validierten Lernleistungen richten. Es geht nicht darum, wo jemand etwas gelernt hat, sondern was er oder sie nachweislich kann.

DURCHLÄSSIGKEIT FORCIEREN

Die Vielfalt an Lernorten und Lernarten und die damit einhergehende Segmentierung von Bildungsprozessen nach Institutionen (Schule, Hochschule, betriebliche Bildung etc.) muss durch eine Gesamtstrategie für das Bildungs- und Qualifizierungssystem ausgeglichen werden. Es bedarf eines Zusammenspiels von Erstausbildung und Weiterbildung, von formalem und non-formalem Lernen. Jedem durch einen Qualifikationsnachweis nachgewiesenen Lernschritt muss ein weiterer folgen können. Kein Bildungsabschluss darf eine Sackgasse sein. Dafür bedarf es einer Abstimmung zwischen den politischen Akteuren und den Bildungsanbietern aus den verschiedenen Bildungssegmenten. Zugangsvoraussetzungen zu weiterführenden Bildungsangeboten und Anrechnungen sollen lernerzentriert auf Basis erbrachter Lernleistungen und nicht institutionenzentriert begründet sein.



INTEGRATION FÖRDERN


Nachhaltige Integration beginnt mit professioneller Elternarbeit und Sprachförderung von Beginn an. Nicht nur für Deutsch, sondern auch in der Muttersprache. Angebote für Eltern wie Mama-lernt-Deutsch-Kurse sind dabei unverzichtbar. Die interkulturelle und interreligiöse Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften aller Schulstufen und Kindergartenpädagogen ist im Lehrplan der Pädagogischen Bildungsinstitutionen verpflichtend anzubieten. Auch muss es mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund geben. Muttersprachliche Information über das österreichische Bildungssystem sowie Berufsinformation für Eltern unterstützen den Integrationsprozess. Integration als gesellschafts- und bildungspolitische Herausforderung muss in allen Bildungsinstitutionen vom Kindergarten bis zu den Universitäten mitgedacht werden.

INTERNATIONALITÄT STÄRKEN

Österreichs Bildung muss den Herausforderungen der zunehmend internationalen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Verflechtungen gewachsen sein. Dies hat inhaltliche Anforderungen an die Bildung zur Folge: Fremdsprachen, Mobilität und interkulturelle Kompetenzen müssen als Bildungsziele nachhaltig und in allen Bildungssegmenten Verankerung finden. Strukturelle Folgen ergeben sich aus der Notwendigkeit, individuelle Qualifikationsnachweise, die Leistungen unseres Bildungssystems und die Qualifikationsstärke der Bevölkerung international und insbesondere innerhalb der Europäischen Union adäquat darzustellen.



3 | VORSCHULISCHER BEREICH: FRÜH ÜBT SICH, WER EIN MEISTER WERDEN WILL



Gerade am Anfang der Bildungslaufbahn sollte jeder Mensch gleiche Startchancen haben. Eine gute Betreuung und Förderung der Kleinsten legt das Fundament für deren Erfolg in Schule und Beruf, sowie für die Entwicklung ihrer Persönlichkeit. Klar ist: Was am Lebensanfang versäumt oder vernachlässigt wird, lässt sich später nur in Grenzen und mit hohem Aufwand ausgleichen. In der Entwicklung eines Kindes gibt es so genannte „Zeitfenster“, in denen jeweils bestimmte Lernschritte besonders leicht gelingen. Diese Zeitfenster gilt es optimal zu nutzen.

DIE HERAUSFORDERUNGEN

Das Vorschulalter aktiv begleiten

In diesem Alter sind Kinder besonders neugierig, wissbegierig und lernbereit, sodass hier die Grundlagen für die künftige Schul- und Berufslaufbahn gelegt werden. Es werden wichtige Kompetenzen wie Sprach- und Ausdrucksfähigkeit, Aufnahmefähigkeit oder auch koordinative Fähigkeiten und soziale Kompetenzen wesentlich geprägt. Vorhandene Defizite können behoben werden.

Einen guten Start ermöglichen

Wissenschaftliche Studien zeigen den positiven Einfluss von frühkindlicher Erziehung auf spätere Lernleistungen. Gerade für Kinder aus sozial benachteiligten Familien sind die Vorteile von frühkindlicher Bildung besonders stark ausgeprägt. Startnachteile lassen sich durch frühkindliche Erziehung deutlich reduzieren.

Frühförderung als Investition mit höchstem Return on Investment begreifen

Aus volkswirtschaftlicher Perspektive ist eindeutig: Die gesellschaftlichen Erträge von frühkindlicher Bildung sind höher als für alle anderen Bildungsbereiche. Die positiven Auswirkungen von frühkindlicher Bildung über höhere Bildungsaspirationen und andere langfristige Effekte bis hin zur Integration in den Arbeitsmarkt und in Folge höhere Steueraufkommen übertreffen die dafür notwendigen Investitionen um ein Vielfaches.

UNSERE POSITIONEN

Eine gute Basis schaffen

Eine gute und quantitativ ausreichende Frühförderung ist eine wichtige Basis für den Erwerb von Wissen, Fertigkeiten und Kompetenzen der nachkommenden Generationen. Dazu zählt auch das Aufzeigen möglicher Bildungs- und Berufswege für das Kind, um Eltern von Beginn an zu unterstützen. Dies sichert die Entfaltung der Potenziale der in Österreich lebenden Menschen und damit deren Berufschancen und den Qualifikationsbedarf der Wirtschaft.

Klare Bildungsziele definieren

Frühkindliche Bildung muss daher weit mehr sein, als Tagesbetreuung oder Deutschunterricht für Kinder mit mangelnden Sprachkenntnissen. Es bedarf klarer Bildungsziele mit Bezug auf Sprache, Sozial- und Methodenkompetenzen. Spezifische Spiel- und Lernprogramme sollen die Sprach- und Persönlichkeitsentwicklung, die sozial-emotionale Entwicklung, aber auch das Interesse für Zahlen und Technik sowie motorische und musikalischen Entwicklungen fördern.

Pädagogische Ausbildung verbessern

Die natürliche Neugier der Kinder muss als Basis für eine nachhaltige Lernmotivation erhalten und entwickelt werden. Das Interesse und die Offenheit für beobachten, erforschen und experimentieren ist in diesem Alter besonders groß. Dafür bedarf es bestens ausgebildeter Pädagogen.

UNSERE FORDERUNGEN

Individuelle Förderung gewährleisten

Allen Kindern soll eine optimale individuelle Förderung nach ihren Stärken und Fähigkeiten zuteilwerden. In den ersten Lebensjahren wird das Fundament für eine erfolgreiche Bildungsbiografie gelegt.

Zwei verpflichtende Kindergartenjahre für alle Kinder

Einführung eines zweiten verpflichtenden Kindergartenjahres, wobei das letzte Jahr in Kooperation mit der Schule stattfinden soll. Hierbei sollen altersgerecht und spielerisch vorschulische Inhalte sowie sprachliche, motorische, haptische, emotionale und soziale Fähigkeiten mit Fokus auf das Erlangen der Schulfähigkeit vermittelt werden. Ab dem 3. Lebensjahr sollen Kindergärten kostenfrei sein.

Flächendeckende Betreuung garantieren

Österreich braucht eine flächendeckende, ganztägige und qualitätsvolle Kinderbetreuung. Dies umfasst einen adäquaten Betreuungsschlüssel, angepasste Gruppengröße und Zusammensetzung, gut geschultes Betreuungs- und pädagogisches Personal sowie eine moderne Infrastruktur. Die Betreuung der Kinder sollte grundsätzlich auch während der Ferien gewährleistet sein.

Klare Kompetenzverteilung einführen

Kindergärten und Horte sollen nicht länger in der alleinigen Kompetenz der Länder liegen. Es darf nicht von der Finanzkraft einer Gemeinde abhängen, ob ausreichend Kinderbetreuung angeboten wird.

Bildungsstandards für die verpflichtenden Kindergartenjahre setzen

Im Sinne ausformulierter kindlicher Kompetenzen müssen in zentralen Bildungsbereichen wie z.B. Sprache, Technik, Kommunikation, soziale Beziehungen etc. Mindeststandards definiert werden.

Nationalen Rahmenbildungsplan umsetzen

Der nationale Rahmenbildungsplan muss für die letzten beiden Kindergartenjahre umgesetzt werden. Die Ausbildung zum Kindergärtner soll im Rahmen einer Spezialisierung im Bereich der hochschulischen, frühpädagogischen Lehrerbildung erfolgen.

Flexiblere Übergänge schaffen

Der Übergang zwischen Kindergarten und Volksschule sollte aufeinander abgestimmt sein. Dazu bedarf es der Entwicklung tragfähiger Konzepte. Jedes Kind sollte erst dann in die Volksschule kommen, wenn die Schulreife tatsächlich erreicht wurde. Die Eltern sollten in diesen Prozess maßgeblich einbezogen werden.

Sprachförderung ausbauen

Gezielte Sprachförderung von Kindern mit mangelnden Sprachkenntnissen ist unerlässlich. Sprachdifferenzen zwischen Kindern müssen schon vor Schulbeginn auf tolerable Unterschiede schrumpfen, weil nur so Chancengleichheit entsteht.



DIGITALES LERNEN & DIGITALE KOMPETENZ

In Österreich besteht gerade im IT-Bereich Fachkräftemangel. Dieser Tatsache muss auch im Bildungswesen gegengesteuert und daher müssen digitale Kompetenzen auf allen Bildungsstufen, sowie berufsbegleitend vermittelt werden. Digitale Kompetenzen sollen schon ab der ersten Volksschulklasse als vierte Grundkompetenz neben Lesen, Schreiben und Rechnen verstanden und aus diesem Grund sowohl als Querschnittsmaterie als auch in einem eigenen Fach vermittelt werden. Denn die Dynamik des digitalen Wandels hält ununterbrochen an: der Aufbau umfassender Kompetenzen in diesem Bereich ist daher alternativlos.

Digitale Kompetenz von klein auf

Junge Menschen sollen mit Ende der Pflichtschule über ein Mindestmaß an digitalen Kompetenzen in den unterschiedlichsten Bereichen verfügen. Dabei geht es um Datenschutz, Datensicherheit, Informatiksysteme, Datenaustausch, Umgang mit Medien, sozialen Netzwerken und Standard-Anwenderprogrammen, wie Dokumentationen, Präsentationen, Visualisierung, Internetrecherche und Kommunikation ("Schule 4.0").

Computational Thinking, Programmieren und Anwendungssoftware

Von der Volksschule an soll Computational Thinking vermittelt und das Interesse am Programmieren spielerisch und kindgerecht geweckt werden. Darauf aufbauend soll ab der 5. Schulstufe das Verständnis von Algorithmen, die Entwicklung von Applikationen und das Beherrschen der gängigen Anwendersoftware gefördert werden. Auch das duale Bildungssystem muss sein Bildungsangebot entsprechend den oft disruptiven Entwicklungen und Anforderungen der Wirtschaft berufsspezifisch nachschärfen.

Der Erfolg des digitalen Lernens wird durch mehrere Faktoren bedingt:

- adäquate technische Ausstattung und Infrastruktur, aber auch organisatorische Rahmenbedingungen und geänderte Strukturen, die ein individuelles Eingehen auf den einzelnen Schüler ermöglichen. Dazu zählen etwa individuelle Stundenpläne oder der Wechsel zwischen Selbstlernphasen z.B. mittels Tablets und Gruppenlernphasen.
- Mit diesen medialen und didaktischen Rahmenbedingungen ändern sich auch die Rahmenbedingungen zur Finanzierung – ein Bekenntnis zur Digitalisierung der Schule erfordert hier eine rasche Anpassung.
- Zeitgemäßes digitales Lernen erfordert, dass Lehrpersonen über die erforderlichen Kompetenzen verfügen und sich dabei sicher fühlen. Das verlangt systematische Aus- und Weiterbildung über die virtuelle Pädagogische Hochschule sowie die Vernetzung in Peer-Groups.
- Die Vermittlung digitaler Kompetenzen kann nicht von einem einzelnen digital affinen Lehrer erfolgen, sondern muss als Gesamtkonzept von möglichst vielen Lehrern einer Schule getragen werden.
- Didaktisch-pädagogische Methoden müssen interaktives, inquiry-based und innovatives Lernen und Denken fördern. Lehrer müssen sich als Begleiter und Coaches verstehen, die Rahmen und Inhalte vorgeben, um Wissen und deren Vermittlung zu managen. Dort wo es sinnvoll ist, bedeutet dies für den Unterricht: weg vom Frontalunterricht und hin zum Inverted bzw. Flipped Classroom und anderen interaktiven Unterrichtsmethoden.
- Zur Erhebung des Lernerfolgs ist eine regelmäßige Evaluierung und Überprüfung der Zweckmäßigkeit des Einsatzes digitaler Medien und innovativer Unterrichtsmethoden in Hinblick auf den Erwerb sowohl genereller aber insbesondere auch digitaler Fähigkeiten und Kompetenzen erforderlich.



MIGRATION UND INTEGRATION

FRÜHZEITIG FÜR DEN ARBEITSMARKT QUALIFIZIEREN

Von Anfang an Qualifizieren

Die Erhebung der Qualifikationen, Kenntnisse und Interessen von Asylwerbern und allfälligem Nachzug von Familienangehörigen muss bereits unmittelbar nach Einreise erfolgen. Diese Erkenntnisse können dann bei der Aufenthaltszuteilung und der Erstellung eines Integrations- und Perspektivenplans mit Sprachkursen, Berufsorientierung, Nachqualifikationsmöglichkeiten und Knüpfung von Betriebskontakten (Arbeitserprobung) sowie Unterstützung durch das Lehrlingscoaching berücksichtigt werden.

Fachspezifische Deutschkenntnisse forcieren

Das rasche Erlernen der deutschen Sprache ist auch für die Integration am Arbeitsmarkt entscheidend, daher sind die Unternehmen und die Betroffenen mit fachbezogenen, verpflichtenden Deutschkursen durch das AMS stärker zu unterstützen – auch nach einer Arbeitsaufnahme.

Anerkennung von Qualifikationen beschleunigen

Bereits erworbene ausländische Qualifikationen sollen schneller gleichgehalten und anerkannt werden, wobei auf die Gleichwertigkeit der Qualifikation Bedacht zu nehmen ist.

Unternehmen und Unternehmensgründung unterstützen

Betriebe, die Asylberechtigte beschäftigen, sollen die Möglichkeit einer Eingliederungsbeihilfe

(Lohnkostenzuschuss), idealerweise in Kombination mit fachspezifischen Deutschkursen, erhalten. Gründungen und Betriebsnachfolgen durch Asylwerber und Berechtigte können unter anderem die Infrastruktur von Gemeinden zu erhalten helfen.

Zugang zur Ausbildungsgarantie und zur Lehre verbessern

Asylwerber mit hoher Anerkennungswahrscheinlichkeit sollen Zugang zur Ausbildungsgarantie/ "Ausbildung bis 18" und vollen Zugang zu allen Lehrstellen, nicht nur in Mangelberufen, erlangen. Für Asylberechtigte und in einem weiteren Schritt auch für Asylwerber mit hoher Anerkennungswahrscheinlichkeit ist die überregionale Lehrstellenvermittlung auszubauen.

BILDUNGSBEREICH: MOTOR DER INTEGRATION

Pädagogen unterstützen

Der Migrantenanteil unter den Pädagogen ist zur Nutzung ihres interkulturellen Know-Hows und ihrer Mehrsprachigkeit zu erhöhen. Generell soll die Aus- und Fortbildung der Pädagogen in Bezug auf Migration und Mehrsprachigkeit verbessert werden.

Sprachfähigkeiten erheben und gezielt fördern

Vor der Volksschule, aber auch laufend für Kinder und Jugendliche im Pflichtschulalter, soll eine verpflichtende Sprachstandsfeststellung erfolgen, um auf dieser Grundlage Kindern mit



Sprachdefiziten individuelle Förderung zukommen zu lassen. Sprachförderung soll beginnend im Kindergarten über alle Schulstufen sowohl integrativ als auch additiv, je nach Bedarfsfall und schulautonom erfolgen. Mindestkenntnisse der deutschen Sprache, die am Ende des letzten Kindergartenjahres erreicht werden müssen, bilden die Grundlage für den Schuleintritt.

Mehrsprachigkeit fördern – die deutsche Sprache einfordern

Mehrere Sprachen zu erwerben ist wichtiger als je zuvor, die Muttersprache zu beherrschen, Grundlage jeden weiteren Spracherwerbs. Die Muttersprache von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist daher als Basis für das Erlernen der deutschen Sprache nach Möglichkeit zu fördern. Hauptziel ist jedoch der Erwerb des Deutschen. Dazu ist der Austausch mit Deutschsprachigen, etwa durch Buddy-Projekte, zu forcieren. Es ist aber auch eine Kultur des Erlernens und Verwendens der deutschen Sprache möglichst in allen Lebensbereichen einzufordern.

Eltern einbinden, Verantwortung einfordern

Der Erfolg von Kindern und Jugendlichen hängt im großen Maße vom Elternhaus ab. Die Eltern sind daher in das Bildungsleben ihrer Kinder besser einzubinden, die Sprachfähigkeit gerade der Mütter ist zu stärken und in manchen Familien auch mehr Verantwortungsübernahme einzufordern. So müssen Eltern Sorge tragen, dass ihre Kinder Deutsch erlernen und diese nach den in Österreich üblichen Usancen an Kindergarten, Unterricht und Schulleben teilnehmen. Die Eltern selbst sind angehalten, an Informationsveranstaltungen, Beratungen oder an bedarfsgerechten Sprachkursen teilzunehmen. Staatliche Beihilfen sollen gekürzt werden, wenn dies nicht der Fall ist.

Ausbau von Ganztagesangeboten beschleunigen

Der Ausbau der schulischen Ganztagsangebote ist eine Möglichkeit Integration voranzubringen. Das Angebot hierzu soll daher ausgebaut und zielgruppenorientiert zugeschnitten werden. Insbesondere in Ganztageschulen können gezielt und verschränkt sprachfördernde und integrative Maßnahmen altersgerecht vermittelt werden.

Aufnahme von Migranten in die Berufsbildung fördern

Zur zielgruppenspezifischen Förderung der Aufnahme von Migranten in die Lehre zählen insbesondere Informationskampagnen über die Lehrlingsausbildung sowohl für Unternehmen, hierbei speziell für Unternehmer mit Migrationshintergrund (ethnische Ökonomien), als auch für Jugendliche und Eltern mit Migrationshintergrund. Die Aufnahme eines Lehrverhältnisses soll nicht durch den gänzlichen Wegfall von Sozialtransfers bei Jugendlichen über 18 Jahren unattraktiv gemacht werden.

Umfassende Evaluierungskultur einführen

Maßnahmen, die im Bereich Integration gesetzt werden, insbesondere die Sprachförderung im Bildungsbereich, sind einer laufenden Evaluierung zu unterziehen und wissenschaftlich zu begleiten.

Integrationshemmnisse abbauen

Rechtliche Bestimmungen auf nationaler oder internationaler bzw. europäischer Ebene, die dazu führen, dass notwendige Integrationsmaßnahmen, auch und gerade im Bereich der Bildung oder Qualifizierung, nicht oder nur eingeschränkt durchgeführt werden können, sind nachdrücklich und konsequent abzubauen.

4 | DIE BESTEN SCHULEN DER WELT: STRUKTUREN VERÄNDERN



DIE HERAUSFORDERUNGEN

Ressource Bildung ist zukunftsentscheidend

Der rohstoffarme Wirtschaftsstandort Österreich ist dringend auf die Ressource Bildung und deren zeitgemäße Aneignung und Anwendung angewiesen. Zur Sicherung unseres Wirtschaftsstandortes benötigen wir die Schulen als verlässliche Partner. Wir brauchen die besten Schulen der Welt, die sich den individuellen Fähigkeiten und Begabungen der Kinder widmen und sie mit den erforderlichen Kompetenzen für die Arbeits- und Berufswelt ausstatten.

Effektivität und Effizienz erhöhen

Wissenschaftliche Studien zeigen, dass im Bereich der Basisqualifikationen große Mängel bestehen (z.B. vier von zehn Volksschülern oder 45 Prozent der Pflichtschulabsolventen können laut Bildungsstandardtestungen nicht oder nur teilweise sinnerfassend lesen. 23 Prozent einer 8. Schulstufe können laut PISA-Testung nicht sinnerfassend lesen) Im Hinblick auf die Chancen der Betroffenen im beruflichen und gesellschaftlichen Leben müssen wir unsere Anstrengungen daher verstärken. Dabei ist eine Erhöhung der finanziellen Ressourcen für sich alleine keine Lösung: Die kumulierten Ausgaben pro Schüler bis zur 10. Schulstufe sind in Österreich um rund 40 Prozent höher als in Vergleichsstaaten. Die Wurzel für die geringe Effektivität und Effizienz österreichischer Schulen liegt in einer ungünstigen Form der Schulsteuerung und -verwaltung.

Motivierende Rahmenbedingungen schaffen

Unser Ziel muss es sein, die Verlässlichkeit von Schulen zu erhöhen, damit Schüler und Schülerinnen eine gute Basis für Berufseinstieg und weiterführende Ausbildung erhalten. Dafür be-

darf es Strukturen, die für Direktoren und Direktorinnen, Lehrer und Lehrerinnen motivierend wirken, Leistungsanreize setzen und Verbindlichkeit erzeugen.

UNSERE POSITIONEN

Inhaltliches Gesamtkonzept

Die Entwicklung eines inhaltlichen Gesamtkonzepts für das gesamte Schulwesen inklusive entsprechender strategischer Bildungsziele ist unerlässlich und stellt die Grundvoraussetzung von Bildungspolitik dar.

Interessen und Stärken erkennen und fördern

Das Ziel: Alle Schülerinnen und Schüler sollen den ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechenden bestmöglichen Bildungsabschluss erreichen können – unabhängig von sozialem Umfeld und finanzieller Ausgangslage.

Bildungspflicht statt Schulpflicht und Qualität sichern

Wir brauchen ein klar definiertes Zusammenspiel von individueller Förderung, Leistungsstandards in Form von Mindeststandards auf mehreren Kompetenzstufen und externer Evaluierung. Die besten Schulen der Welt brauchen eine selbstbewusste Bereitschaft zur Qualitätssicherung und zur Übernahme von Verantwortung.

Schulverwaltung reformieren

Eine umfassende Schulreform erfordert eine Neugestaltung der Strukturen im Bildungsbereich. Dazu ist der eingeschlagene Weg von Kompetenz- und Verantwortungsverlagerung in die Ebene der einzelnen Schulstandorte konsequent weiter zu verfolgen.



Die Besten als Pädagogen gewinnen

Der Unterricht, dem letztlich alle Maßnahmen im Bildungsbereich zugutekommen müssen, steht und fällt mit dem Lehrpersonal. Es müssen daher die Besten eines jeden Jahrgangs den Lehrerberuf ergreifen.

UNSERE FORDERUNGEN

DIE INDIVIDUALISIERUNGS-OFFENSIVE WEITERFÜHREN

Die besten Schulen der Welt haben die Lernenden im Fokus. Das Potenzial des Individuums ist entscheidend, nicht die Sachzwänge gewachsener Struktur:

- Ausbau der „modularen Oberstufe“ zu einem echten Kurssystem in der Sekundarstufe II um individuelle Leistungsschwerpunkte zu setzen.
- Für besonders leistungsstarke Schüler muss es attraktive Angebote geben, um sie in ihren Neigungen und Fähigkeiten zu ermutigen und zum selbstgesteuerten Lernen zu befähigen.
- Für lern- und leistungsschwächere Schüler müssen gezielt individuelle Förderkurse angeboten werden. Insbesondere gilt dies für Deutsch: sichere Sprachkenntnis ist der Schlüssel für ein erfolgreiches Berufsleben und Erfolg in der Schule. Des Weiteren soll die Schulsozialarbeit ausgebaut werden.
- Die große Bedeutung von Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) muss besser vermittelt werden, um mehr junge Menschen, insbesondere Mädchen, für entsprechende Ausbildungen und berufliche Tätigkeiten zu motivieren. In einer modernen Neugestaltung des Faches „Technisches und Textiles Werken“ soll das theoretische Wissen der MINT-Fächer in einem fächerübergreifenden Ansatz praktisch angewendet werden.
- Grundlegendes Wirtschaftswissen und Wissen über die Arbeitswelt der Schüler muss sicher gestellt werden. Der Unternehmergeist ist durch praxisorientierten Unterricht, wie z.B. „JUNIOR – Schüler/innen gründen Unternehmen“ zu fördern. Wirtschaftskunde im Sinne einer lebensnahen Vermittlung ist daher unter Einsatz moderner Unterrichtsmittel auszubauen. Unter Einbindung der Wirtschaft sind dazu entsprechende Standards zu entwickeln und deren Erreichen zu evaluieren.
- Englisch als erste Fremdsprache soll bereits in der Grundschule und nach dem Beispiel mehrerer europäischer Länder auch schon in der Vorschulphase verpflichtend sein. Auslandspraktika und Schulaustauschprogramme tragen dem Gedanken zunehmender Internationalisierung Rechnung und sind zu fördern.
- Individualisierte Förderung braucht moderne Schulgebäude. Das bedeutet zeitgemäße Raumangebote für Schülerinnen und Schüler, sowie attraktive Lehrerarbeitsplätze (Computer, mobile Endgeräte, Arbeitsbereiche abseits des Konferenzzimmers usw.). Insbesondere ist hier beim Schulbau auf die Bedürfnisse der Ganztagsbetreuung einzugehen (Freizeiträumlichkeiten, Schulkantine, digitale Ausstattung etc.).
- In den Ferien sollen standardmäßig an jeder Schule Betreuungsmöglichkeiten angeboten werden, die zum Aufholen von Unterrichtsversäumnissen oder zur Weiterentwicklung von Interessen verwendet werden können.
- Wir treten für eine Beibehaltung der schulischen Berufsbildung (HTL, HAK) ein und bekennen uns im Bereich der schulischen Berufsbildung in der Oberstufe zum österreichischen Weg der differenzierten Form nach Schularten. Mit Gesamtsicht auf duale und schulische Berufsausbildung soll auf Basis von Bedarfserhebungen und Evaluierungen eine Abstimmung der Angebots- und Standortentwicklung sowie der Curricula erfolgen.

■ Die AHS-Oberstufe soll als Heranführung an die Hochschulen klar positionieren werden. In diesem Sinne bedarf es einer qualitativ hochwertigen gymnasialen Oberstufe mit wissenschaftlichem Einschlag.

BILDUNGSPFLICHT STATT SCHULPFLICHT

Statt die Schulpflicht einfach durch Absitzen von Schuljahren zu erlangen, soll diese durch Erreichen von Bildungszielen (Bildungsstandards als Mindeststandards, jedenfalls in Lesen, Schreiben und Rechnen) und das Sammeln eines individuellen „Kompetenzportfolios“ (Berufsorientierung, Potentialanalyse, eigene Leistungsschwerpunkte) vollendet werden. Dadurch soll gewährleistet werden, dass die Jugendlichen tatsächlich die Ausbildungsreife erlangen.

QUALITÄTSSICHERUNG GEWÄHRLEISTEN

Bundesagentur für Bildungsqualität etablieren

Eine „Bundesagentur für Bildungsqualität“ soll als Hilfsorgan des Nationalrates eingerichtet werden. Diese „Bildungsagentur“ soll die Aufgaben der derzeitigen Schulaufsichten und des Bifie übernehmen und politisch unabhängig sowie weisungsfrei sein. Sie soll die Zielerreichung der Schulen evaluieren und an den Nationalrat berichten.

Schulen Verantwortung übernehmen lassen

Ein neues Qualitätsmanagement der Bildungsagentur soll grundlegend auf drei Säulen beruhen: Selbstevaluation des jeweiligen Schulstandortes, laufendes externes Monitoring durch die Agentur und zentrale, standardisierte und flächendeckende Überprüfungen von Bildungsstandards inklusive Prognoseverfahren am Ende der 4. und 8. Schulstufe ebenfalls durch die Agentur. Letzteres dient als Rückmeldung an

das Individuum und an das System. Durch entsprechende Auswertung werden Maßnahmen zur Verbesserung des Schulsystems gesetzt. Dabei steht die Selbstevaluation im Sinne von Eigenverantwortlichkeit und Feedbackkultur im Mittelpunkt.

Support-Einheiten einrichten

Die bisherige Doppelfunktion der Schulinspektionen, Kontrolle einerseits und Unterstützung andererseits, soll abgeschafft werden. Stattdessen Einführung von Schul- und Qualitätsentwicklungseinheiten auf Bundesebene und regional, die bei der Behebung von Mängeln sowie bei der Zielerreichung der Schulen unterstützend wirken.

Zentralmatura verbessern

Die Korrektur der Zentralmatura soll künftig ausschließlich von Lehrern anderer Schulen übernommen werden (so werden individuelle Beeinflussungsmöglichkeiten verhindert).

SCHULVERWALTUNGSREFORM UND EFFEKTIVES SCHULMANAGEMENT DURCHSETZEN

Schulgovernance modernisieren und klare Strukturen schaffen

Eine einzige Dienstbehörde soll für Lehrer mit einem einheitlichen Dienst- und Besoldungsrecht zuständig sein. Der Bund soll Bildungsziele vorgeben und über ein zentrales Qualitätsmanagement die Zielerreichung begleiten. Die Verantwortung der Länder soll gestärkt werden, indem sie die Umsetzung der Ziele vor Ort abwickeln, etwa auch als Schulträger.

Globalbudgets einführen

Finanziell autonome Schulen können im Rahmen eines Globalbudgets frei über ihre Mittel verfügen und Schwerpunkte setzen. Die Budgets sind dabei an qualitätsgesicherte Output-Faktoren zu knüpfen.



Personalautonomie weiter ausbauen

In Zukunft soll das bestehende Mitspracherecht bei der Lehrerauswahl zu einer Kompetenz der Schulleiter zur Rekrutierung und damit zu einem aktiven Personalmanagement ausgebaut werden. Anstatt der bisherigen Wartelisten soll eine direkte Bewerbung von Lehrkräften am jeweiligen Schulstandort ermöglicht werden. Die Entscheidung, sich von einer Lehrkraft zu trennen, soll auch in der Autonomie des jeweiligen Schulleiters liegen.

Schulleiter als „Schulmanager“

Die Schulleiter haben in Zukunft mehr Verantwortung im Bereich Personal- und Schulmanagement. Dafür müssen Sie durch die Aus- und Fortbildung kompetent gemacht werden. Quereinstieg, z.B. aus der Wirtschaft, ist forciert zu ermöglichen.

Reform der 9. Schulstufe in Angriff nehmen

Ziel muss sein, den Übergang in weiterführende Allgemein- und Berufsbildungsangebote besser und friktionsfreier zu gestalten und damit die Drop-out-Raten in der Sekundarstufe II zu senken.

Ergebnisorientierte Schulfinanzierung in der Oberstufe

Umstellung der Finanzierung der Oberstufenschulformen (HTL, HAK, BORG etc.) auf Ergebnisorientierung in Verbindung mit einer qualitätsgesicherten, externen Output-Überprüfung. Das bedeutet, Basis für die Finanzierung der

Oberstufenschulformen ist, wie viele Schüler tatsächlich diesen Schultyp positiv abschließen und nicht die alleinige Tatsache, wie viele Schüler aufgenommen wurden.

Schulträgermodell einführen

Ein leistungsorientiertes Schulsystem braucht Wettbewerb. Daher soll es nicht nur jeder Gebietskörperschaft oder jedem Gemeindeverband sondern auch jeder „freien“ Organisation (Vereine, Stiftungen) bzw. einer Kombination aus diesen Akteuren ermöglicht werden, öffentlich finanzierte Schulen zu gründen (alle Schularten, also auch im Pflichtschulbereich). Diese Schulen und ihre Träger werden vom Bund nach klaren Kriterien und Zielvorgaben akkreditiert und beaufsichtigt. Alle akkreditierten Schulen haben Personalhoheit (Lehrerrekutierung und Professionalisierung) und sind grundsätzlich öffentlich finanziert.

Schulsprengel abschaffen

Die Schulsprengel sind im Sinne der Wahlfreiheit im gesamten Schulsystem vollständig abzuschaffen.



AUSBILDUNG, WEITERBILDUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN FÜR LEHRER MODERNISIEREN

Die richtigen Menschen für den Pädagogenberuf gewinnen

Die Lehrerausbildung soll im Sinne einer „Bestenauslese“ im Rahmen eines mehrstufigen selektiven Auswahlverfahrens beginnen. Praktische Erfahrung in den Klassen sollen möglichst frühzeitig angesetzt werden.

Wirtschaft und Berufsorientierung in die Lehramtsausbildung

Die Vermittlung wirtschaftliche Grundkenntnisse soll Teil der Pädagogenausbildung werden. Neben einer Basisausbildung in Berufsorientierung sollen alle Pädagogen in Aus- und Fortbildung auch über die jeweils anderen Zweige des Schulsystems und die unterschiedlichen Lehrberufe Erfahrungen sammeln (NMS-Lehrer kennen die Verhältnisse in der VS, AHS-Lehrer jene in der NMS usw.). Nach Möglichkeit sollen auch Praktika in Unternehmen, um Einblicke in die Arbeitswelt zu erhalten, absolviert werden.

Neue und alternative Zugänge zum Beruf des Lehrers ermöglichen

Personen mit entsprechender Vorbildung und Erfahrung sollen in den Beruf des Lehrers „quer

einsteigen“ können – bei voller Anrechnung von Vordienstzeiten hinsichtlich der Gehaltseinstufung.

Weiterbildung der Lehrer professionalisieren

Regelmäßige, verpflichtende Weiterbildung von Lehrern in der unterrichtsfreien Zeit, in der moderne Lernmethoden im Mittelpunkt stehen, muss eine Selbstverständlichkeit sein. Die Inhalte der Weiterbildung müssen von der Schulleitung und vom einzelnen Lehrer in Karrieregesprächen gemeinsam festgelegt werden und orientieren sich an Zielvereinbarungen des Schulstandortes. Gehaltsmäßige Anreize für Weiterbildungsmaßnahmen sollen eingeführt werden.

Weiterbildung attraktivieren

Die Weiterbildung von Lehrern an den Pädagogischen Hochschulen soll durch Angebote anderer Erwachsenenbildungseinrichtungen und Hochschulen ergänzt werden können.

Arbeitsbedingungen an die Zeit anpassen

Adäquate Arbeitsplätze (Büros) und Arbeitsgeräte (Laptops) sowie Unterrichtsmittel der Lehrenden müssen eine Selbstverständlichkeit sein. Ebenso sind in ausreichender Anzahl Sozialarbeiter, Freizeitpädagogen, Sprachförderlehrer und administratives Personal zur Verfügung zu stellen.



Lehrerdienstrecht zeitgemäß gestalten

Schaffung eines modernen Lehrerdienstrechts mit starker Akzentuierung des Leistungsprinzips auch im Gehaltsbereich.

NACHMITTAGSBETREUUNG, GANZTAGSSCHULEN ANBIETEN

Flächendeckendes Angebot schaffen

Geänderte Verhältnisse in Arbeits- und Berufswelt sowie neue Lebensformen bedingen ein Umdenken in den Bereichen Kinderbetreuung und Schule. Im Sinne einer bestmöglichen Potenzialförderung erachten wir es als notwendig, dass ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen besteht. Die konkrete Gestaltung des Ganztagesangebots soll dabei flexibel der Schulautonomie des jeweiligen Standorts obliegen.

Pädagogische Konzepte erarbeiten

Schulen mit Nachmittagsbetreuung dürfen keine „Kinderverwahranstalt“ werden. Die Mehrzahl der in der Nachmittagsbetreuung beschäftigten Personen sollten Lehrer sein. Im Bereich der Neigungsförderung ist es allerdings unabdingbar auch externe geeignete Personen und Organisationen in die Nachmittagsbetreuung einzubinden. Diesem Betreuungsangebot muss ein pädagogisches Konzept zugrunde liegen, das die Inhalte der Schule erweitert: Hausaufgabenbetreuung, unterrichtsbezogene Projekte und Fördermaßnahmen sollten daher grundlegende Bestandteile der Nachmittagsbetreuung sein.

Schlüsselqualifikationen vermitteln

Neben den rein schulischen Inhalten müssen auch freizeitpädagogische Konzepte umgesetzt werden. Hier sind Aktivitäten denkbar, die die gesuchten Schlüsselqualifikationen Selbstständigkeit, Konfliktfähigkeit und Teamfähigkeit (soft skills) sowie die von der Europäischen Union definierten Schlüsselkompetenzen (z.B. auch unternehmerische Kompetenz) fördern.

Wirtschaftsleben in die Schule bringen

In die Konzeption einer Ganztagschule soll auch eine Praxiskomponente integriert werden. Für ältere Schüler sollten Betriebserkundungen im Rahmen des Berufsorientierungsunterrichts organisiert werden.

Flexibilität bewahren

Damit die Ganztagsbetreuung wirklich eine Entlastung für berufstätige Eltern und Erziehungsberechtigte bringt, muss das Angebot zuverlässig und zu auf die Erfordernisse einer Erwerbstätigkeit abgestimmten Rahmenbedingungen erfolgen. Ein flexibles Ende der Nachmittagsbetreuung zwischen 16.00 und 18.00 Uhr ist daher wünschenswert.

GEMEINSAM LERNEN

Nach Umsetzung ist als Ergebnis der Individualisierungsoffensive, der Qualitätssicherungsreformen und auf Basis einer umfassenden Schulverwaltungsreform unter Beachtung des klaren Bekenntnisses zur Leistungsdifferenzierung eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen ein logischer Schritt.

BERUFSORIENTIERUNG

Die Berufs- und Ausbildungswahl ist kein einmaliges Ereignis. Durchgängige Erwerbsbiografien gehören der Vergangenheit an. Sich ständig ändernde wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen erfordern eine kontinuierliche Orientierung hinsichtlich der erworbenen Qualifikationen, der beruflichen Tätigkeit und der Ausbildungsziele.

Lehrerausbildung stärken

Eine Basisausbildung für Berufsorientierung ist für alle Lehramtsstudien an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen vorzusehen. Zusätzlich ist eine Aufwertung der Berufs- und bildungsberatenden Lehrer notwendig und eine verpflichtende Weiterbildung vorzusehen. Nach Möglichkeit sollen auch Praktika in Unternehmen, um Einblicke in die Arbeitswelt zu erhalten, absolviert werden.

Quereinsteiger aus der Wirtschaft als Bildungs- und Berufsberater gewinnen

Für mehr Praxisbezug im Berufsorientierungsunterricht wäre es sinnvoll, dass auch Quereinsteiger aus der Wirtschaft als Bildungs- und Berufsberater fungieren können.

Zusammenarbeit zwischen Schulen und Unternehmen intensivieren

Um Jugendlichen ein realistisches Bild der Berufswelt zu vermitteln, sind Kontakte zwischen Schulen und Unternehmen auszubauen. Unternehmerisches Denken und die praxisbezogene Vermittlung von Wirtschaftswissen kann auch durch gemeinsame Projekte unterrichtet werden.

Potenzialanalysen/Talente-Checks ausbauen

Alle Jugendlichen der 7./8. Schulstufe sollen eine altersgemäße Potenzialanalyse (Talente-Check) erhalten. An den entscheidenden Schnittstellen zum weiteren Bildungs- oder Berufsweg sollen alle Kinder die Möglichkeit nutzen, ihre eigenen Stärken und Schwächen zu erkennen. Dies vor dem Hintergrund der Entwicklungsmöglichkeiten als Fach- und Führungskraft bzw. als Unternehmer und Selbstständiger.

Eigenes Fach Bildungs- und Berufsberatung einführen

In allen Schulformen soll in der 7. und 8. Schulstufe ein eigener Unterrichtsgegenstand „Berufsinformation und Bildungsberatung“ eingerichtet werden. Die derzeit vor allem in den AHS meist praktizierte Form der Integration dieser Inhalte in andere Fächer bewährt sich nicht.

Standards definieren

Für die Berufs- und Bildungsberatung müssen Standards definiert werden, die auch periodisch durch externe Stellen evaluiert werden können. Nur so kann eine bedarfsgerechte Vermittlung in die aktuelle Arbeitswelt garantiert werden.

Berufs- und Bildungsberatung für Erwachsene ausbauen

Lebensbegleitendes Lernen bedeutet auch, sich stetig über Chancen am Arbeits- und Bildungsmarkt informieren zu können. Die Angebotspalette der Berufsinformationszentren und Bildungsberatungen der WKO soll für die Zielgruppe der Erwachsenen (Individuum und Unternehmen) ausgebaut und besser sichtbar gemacht werden.

**5 | LEHRE: ÜBUNG MACHT
DEN (WELT)MEISTER**



Dank der dualen Berufsbildung verfügt Österreich über eine große Anzahl an hervorragenden und praxisnah qualifizierten Fachkräften. Gerade deswegen kann Österreich mit seinen Wirtschaftsleistungen und der geringen Jugendarbeitslosigkeit im internationalen Vergleich sehr gut punkten. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl haben wir mehr Weltmeister bei Berufsweltmeisterschaften als jedes andere Land! Der Lehrabschluss ist die häufigste Basis für das Unternehmertum und die zweithäufigste Basis für leitende Positionen. Etwa ein Viertel aller Leitungspositionen in der Wirtschaft sind mit Lehrabsolventen besetzt.

Damit die Erfolgsgeschichte weitergeschrieben werden kann, muss sich die duale Berufsbildung den Herausforderungen der Zukunft stellen. Im Interesse des Standortes und seiner Klein- und Mittelbetriebe muss sie an neue Anforderungen angepasst werden. Zusätzlich muss das Image der dualen Berufsbildung durch konkrete Maßnahmen aufgewertet werden.



DIE HERAUSFORDERUNGEN

Duale Berufsbildung fit für die Zukunft machen

Die hervorragenden Karrieremöglichkeiten mit der Lehrlingsausbildung sind vielen Jugendlichen auf Grund mangelnder Bildungs- und Berufsorientierung in den Pflichtschulen zu wenig bewusst. Dazu kommen die Konsequenzen der Bevölkerungsentwicklung: Die Zahl der Jugendlichen ist aufgrund der demografischen Entwicklung dramatisch gesunken – ein harter Konkurrenzkampf um geeignete Bewerber hat begonnen. Um die duale Bildung fit für die Zukunft zu machen, ist es unbedingt notwendig, verstärkt begabte Jugendliche für eine Lehrlingsausbildung zu gewinnen.

Konsequenzen des wirtschaftlichen Wandels beachten

Auch der wirtschaftliche Strukturwandel wirkt sich auf die Lehrlingsausbildung aus. Deshalb sind die Ausbildungsbetriebe durch Beratung und Infrastruktur dabei zu unterstützen die sich verändernde wirtschaftliche Realität (z.B. Digitalisierung) konsequent in der Ausbildung zu berücksichtigen.

UNSERE POSITIONEN

Duale Ausbildung im Bildungssystem stärker positionieren

Eine Reform der 9. Schulstufe soll für bessere und reibungsfreie Übergänge in weiterführende Allgemein- und Berufsbildungsangebote sorgen. Durch verbesserte Durchlässigkeit des Bildungssystems sollen Lehrlinge und Lehrabsolventen gleiche Chancen wie Schüler und Schulabsolventen haben.

Das erfolgreiche duale Ausbildungsprinzip soll auf allen Ebenen des berufsbildenden Systems Anwendung finden. Bislang wird der Begriff der „dualen Ausbildung“ ausschließlich mit der Lehrlingsausbildung verbunden, somit mit einer mittleren Fachkräfteausbildung, deren einzige Zugangsvoraussetzung in der absolvierten Schulpflicht besteht.



Durch die neuen Möglichkeiten der Förderung der Kombination von Lehre und Berufsreifeprüfung ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer dualen Lehrausbildung mit Reifeprüfungsabschluss getan. Sinnvoll ist auch die weitere Verbreitung des Modells der Verbindung von Lehre und HTL. Ein weiterer Schritt soll in der Entwicklung dualer Hochschulstudiengänge bestehen. Generell soll es für Lehrabsolventen mehr Angebote auf Hochschulebene, wie beispielsweise die Berufsakademie, und eine erhöhte Durchlässigkeit in hochschulische Ausbildungen geben.

Ausbildungsbetriebe stärken

Es ist eine wichtige Aufgabe der zuständigen Ministerien und der Sozialpartner, die Ausbildungsbetriebe zu stärken und zu unterstützen. Wesentliche Maßnahmen sind dabei Hilfestellungen durch Beratung und Infrastruktur. Die Finanzierung der gut eingeführten Lehrbetriebsförderungen muss weiterhin sichergestellt, die Förderungen selbst laufend weiterentwickelt werden – mit dem klaren Ziel, Ausbildungsbetriebe in der Ausbildung zu halten.

UNSERE FORDERUNGEN

Den vollen Wert der dualen Ausbildung anerkennen

Die Lehrlingsausbildung muss als gleichwertige Alternative zu vergleichbaren vollschulischen Angeboten im Bildungssystem eingestuft werden. Dazu gehört auch, dass Anrechnungen von Ausbildungszeiten in beide Richtungen funktionieren müssen. Eine erhöhte Durchlässigkeit soll eine reibungslose Fortsetzung der Bildungskarriere ermöglichen.

Übergreifende Strategie zur Berufsbildung

Die Zuständigkeit zur Berufsbildung ist auf mehrere Bundesministerien verteilt, das darf aber nicht zu einer ungesteuerten Entwicklung führen. Wir regen deshalb einen ressortübergreifenden Prozess unter Beteiligung der Sozialpartner zu einer Strategie der Berufsbildung an. Die Strategie sollte folgende Elemente beinhalten:

- Abstimmung der Angebots- und Standortentwicklung von berufsbildenden Schulen auf Basis von Bedarfserhebungen
- Bessere Abstimmung der Curricula (Lehrpläne, Berufsbilder, Prüfungsordnungen)
- Stärkung des dualen Prinzips der Berufsbildung – Nutzung des Potentials des Lernens am Arbeitsplatz
- Kürzere Ausbildungen + Lebenslanges Lernen anstatt langer Ausbildungswege

Besondere duale Angebote für Begabte schaffen

Das erfolgreiche Modell für Lehre und Matura soll weiter ausgebaut werden. Ziel ist, dass die Lehrlingsausbildung von allen Schülern als Möglichkeit für eine maturaführende Ausbildung wahrgenommen wird. Im Sinne eines Stufenprinzips sollen höhere Lehrabschlüsse – im Niveau vergleichbar mit der BHS – geschaffen werden.

Ausbildungsordnungen schlanker machen

Die Qualität der Ausbildung beginnt mit den Ausbildungsordnungen. In Zukunft sollte die Regelung der Ausbildungen verstärkt kompetenzorientiert erfolgen. Statt vieler Details, die schnell veralten, sollte Qualität und Effizienz der Formulierungen bei den zu erreichenden Kompetenzen im Vordergrund stehen. Daneben ist die Entwicklungs- und Umsetzungszeit eines neuen oder eines adaptierten Lehrberufs zu optimieren. Für eine regelmäßige und systematische Aktualisierung der Ausbildungsordnungen müssen ausreichend Mittel der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt werden.

Mobilität stärken

Die internationale Mobilität unserer Lehrlinge und Lehrabsolventen ist durch volle Nutzung der europäischen Mobilitätsprogramme und ergänzende Finanzierung von Projekten durch die zuständigen Ministerien zu stärken.

Angebote für einfache arbeitsmarktnahe Ausbildungen schaffen

Auch unterhalb des Fachkräfteniveaus sind gute und arbeitsmarktnahe Ausbildungsmöglichkeiten anzubieten. Die Erfüllung der Ausbildungspflicht muss weitestgehend innerhalb des Bildungssystems erfolgen können, Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik sollen lediglich die Ausnahme sein.

Rahmen flexibilisieren

Der Rahmen für duale Ausbildungen soll erweitert und flexibilisiert werden (z.B. durch Ermöglichung verschiedener Organisationsformen, verschiedener Berufsschulanteile, eigener Formen für die Nachqualifizierung und Umschulung Erwachsener). Wesentlich ist dabei eine Garantie der erforderlichen betrieblichen Ausbildungszeit.



Schwerpunktberufsschulen einrichten

Für Lehrberufe, welche eine geringe Lehrlingszahl aufweisen, ist eine Konzentration der Berufsschulstandorte bei gleichzeitiger Aufhebung der gesetzlich vorgeschriebenen Sprengel zu prüfen. Aufgrund der Standortkonzentration können die Berufsschulen besser technisch ausgestattet werden. Da die Berufsschullehrer ein kleineres Spektrum an Gegenständen abdecken müssen, können sie fachbezogen wesentlich besser aus- und weitergebildet werden.



Überregionale Lehrstellenvermittlung voll ausrollen

Während in manchen Ballungszentren Jugendliche keinen Lehrplatz finden, gibt es in anderen Regionen des Landes Fachkräftemangel. Die überregionale Lehrstellenvermittlung durch das AMS ist daher zügig auszubauen.



Gleichstellung der Lehrlinge

Lehrlinge sollen während der Berufsschulzeit mit den Schülern von AHS und BHS durch Übernahme der Reise- und Internatskosten durch die öffentliche Hand gleichgestellt werden.

Berufsweltmeisterschaften und Berufswettbewerbe weiter ausbauen

Die Teilnahme an WorldSkills und EuroSkills soll mit Unterstützung durch die Bundesregierung auf hohem Niveau fortgesetzt werden. Dazu ist eine professionelle Durchführung von nationalen Wettbewerben in allen Berufen erforderlich. Die öffentliche Austragung dieser Wettbewerbe unterstützt die Förderung von Exzellenz in der Berufsbildung sowie die Demonstration moderner Berufsbilder.



INTERNATIONALISIERUNG

Internationalisierung bedeutet, die österreichische Wirtschaft im In- und Ausland bei der Fachkräftesicherung zu unterstützen und die (duale) Berufsbildung in ausgewählten Zielländern zu forcieren. Dabei wird auch ein Beitrag zum Aufbau von wirtschaftlichen Perspektiven geleistet – für österreichische Betriebe und für die Ökonomien der dortigen Länder.

Ausbau des österreichischen Bildungsexports

Für den weiteren Ausbau des österreichischen Bildungsexports, auch im Bereich der Berufsbildung, ist durch Politik, Wirtschaft und Bildungsinstitutionen eine gemeinsame Österreichstrategie zu entwickeln.

Fachkräftesicherung im Ausland für österreichische Firmenniederlassungen

Da in den Zielländern in der Regel kein praxis- und unternehmensorientiertes (duales) Berufsbildungssystem besteht, ist der Export von Berufsbildung ein bedeutsamer Baustein der Außenwirtschaftsförderung und der Unterstützung von österreichischen Unternehmen vor Ort zur nachhaltigen Fachkräftesicherung sowie Bestandteil wirtschaftlicher Entwicklung im jeweiligen Land.

Die internationale Zusammenarbeit in der Berufsbildung ausbauen

Durch bilaterale Kooperationen mit Behörden im Zielland und Unterstützungsangebote für Betriebe (wie z.B. Aufbau von betrieblichen Akademien oder Kooperationen zwischen Berufsschulen bzw. der Privatwirtschaft und der öffentlichen Hand im Zielland) soll ein Beitrag zur Sicherung von Fachkräften von österreichischen Unternehmen im Ausland in definierten Schwerpunktländern erfolgen.

Internationale Wirtschaft und Unternehmensvertretung für duale Ausbildung gewinnen

Um bessere Rahmenbedingungen in der Berufsbildung des betreffenden Ziellandes für österreichische Auslandsniederlassungen zu gewährleisten, sind Privatsektor und institutionelle Unternehmensvertretung des Ziellandes entsprechend zu stärken.

Fachkräfte verstärkt nach Österreich bringen:

- Entwicklung von Vorbereitungsmaßnahmen im Ausland im Sinne von Bildungsangeboten: bedarfsbezogene Vorbereitungskurse und Qualifizierungsmaßnahmen sowie sprachliche Vorbereitung für gezielte Fachkräftezuwanderung.
- Ausbau grenzüberschreitender Behördenkooperationen zur Unterstützung von Fachkräfte- und Ausbildungsmobilität zur Fachkräftegewinnung in Österreich.

Abbau von Migrationsdruck – Aufbau von Perspektiven

- Initiativen zur (dualen) Berufsbildung in ausgewählten Schwerpunktländern in Afrika in Kooperation mit anderen EU-Mitgliedstaaten. Verstärkter Schwerpunkt auf Qualifizierungsmaßnahmen, um Perspektiven in den Herkunftsländern zu schaffen.
- Etablierung von Förder- und Unterstützungsinstrumenten und Garantieleistungen für Unternehmen zur Entwicklung von finanzierungsfähigen Berufsbildungsprojekten im entwicklungspolitischen Kontext.



6 | HOCHSCHULEN: AM PULS DER ZEIT



Unternehmen in Österreich brauchen hochqualifizierte Mitarbeiter und Forschungsleistungen auf internationalem Niveau. Daher nimmt die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft eine Schlüsselrolle für die Zukunft unseres Landes ein. Das Hochschulsystem muss im Hinblick auf die Passung der aktuellen und zukünftigen Anforderungen von Wirtschaft und Arbeitsmarkt weiterentwickelt werden, besonders an der Schnittstelle zur Berufsbildung.

DIE HERAUSFORDERUNGEN

Dringend benötigte Studienabsolventen der Ingenieurwissenschaften und Informatik

Die Zahl der Personen, die in hochqualifizierten MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) beschäftigt sind, ist innerhalb der vergangenen zehn Jahre in allen Branchen und Unternehmensbereichen (z.B. Unternehmensführung, Forschung & Entwicklung, Vertrieb und Controlling) stark gestiegen. Von den mehr als 70.000 Personen, die in heimischen Betrieben in der Forschung & Entwicklung tätig sind, sind mehr als 37.000 hochschulisch ausgebildete Ingenieure und Wissenschaftler. In Zeiten der Digitalisierung und Automatisierung wird sich dieser Trend fortsetzen. Der hohe Arbeitsmarktbedarf kann aber durch die derzeitigen Studienabsolventen, vor allem bei den Ingenieurwissenschaften und der Informatik, nicht gedeckt werden. Die Unternehmen sind mit einem akuten Fachkräftemangel konfrontiert. Ein Mangel an hochqualifizierten Mitarbeitern hindert Unternehmen daran Chancen zu entwickeln und zu nutzen und dämpft die Wachstumsaussichten.

Zu wenig Fachhochschulabsolventen

Fachhochschulabsolventen sind für die Wirtschaft von zentraler Bedeutung, weil sie über wissenschaftlich fundierte Berufsausbildung verfügen. Neben der Erstausbildung haben sich Fachhochschulen auch als Hochschulen mit berufsbegleitenden und dualen Studiengängen etabliert. Der erfolgreiche Fachhochschulsektor wurde aber – im europäischen Vergleich – mit 1994 erst sehr spät eingeführt. Rund 80 Prozent aller Studierenden sind an Universitäten, 20 Prozent an Fachhochschulen. Somit besteht ein deutliches Ungleichgewicht zu Lasten der Unternehmen, die dringend mehr Fachhochschulstudierende und -absolventen benötigen.

Studierendenmassen an Universitäten

Die Zahl der Studierenden an öffentlichen Universitäten ist massiv angestiegen: in den letzten 13 Jahren um rund 100.000 Studierende. Diese Entwicklung wird sich mittelfristig fortsetzen, da der Trend zu höherer Bildung, sowohl in der Erstausbildung als auch in der beruflichen Weiterbildung und Höherqualifikation, besteht. Es wird derzeit kaum gegengesteuert, da die





Instrumente für die Durchsetzung von staatlichen bildungs-, forschungs- und arbeitsmarktpolitischen Zielen (z.B. Zugangsregelungen, Studienbeiträge und kapazitätsorientierte, studierendenbezogene Finanzierung und arbeitsteilige Profilbildung der Hochschulen) kaum genutzt werden. Universitäten wird dadurch erschwert, sich auf Exzellenz in Lehre und Forschung in den für sie spezifischen Bereichen zu konzentrieren. Die Rahmenbedingungen führen auch dazu, dass es an österreichischen Universitäten nur wenige englischsprachige Studien gibt. Dies behindert sowohl die Rekrutierung der weltbesten Studierenden und Professoren, als auch die Teilnahme österreichischer Universitäten am globalen Wettbewerb.

Zu enges Hochschulverständnis

Im internationalen Vergleich gibt es einen bunten Blumenstrauß an Hochschulangeboten als in Österreich. Das Spektrum reicht von der wissenschaftlichen Nachwuchsrekrutierung über berufliche Aus- und Weiterbildung, über „Hybridangebote“ wie Duale Hochschulen und Berufsakademien bis hin zur „Höheren Berufsbildung“. In Österreich ist die Hochschullandschaft hinsichtlich der Hybridangebote vergleichsweise wenig diversifiziert.

Unabgestimmtes Hochschulsystem

Österreich hat ein umfassendes Hochschulsystem mit über 70 Einrichtungen: Öffentliche Universitäten, Fachhochschulen, Privatuniversitäten und Pädagogische Hochschulen. Es bestehen Doppelgleisigkeiten und die Hochschultypen sowie die Hybridangebote sind teilweise nicht aufeinander abgestimmt. Weiters bestehen, trotz der Bemühungen der letzten Jahre, in der Praxis weiterhin Hindernisse und Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Durchlässigkeit und Anrechnung bzw. Anerkennung zwischen Bildungssystemen, -stufen und -einrichtungen.

Unklarheit bei Lehrgängen in der wissenschaftlichen Weiterbildung

Bei den Lehrgängen in der wissenschaftlichen Weiterbildung stellt sich die Frage, wie die

Abschlussgrade (nach dem Bologna-System und dem NQR) einzustufen sind. Identische Abschlussgrade bei Lehrgängen in der wissenschaftlichen Weiterbildung und konsekutiven Masterstudien führen zu Unklarheit und Verwirrung für Arbeitgeber, Wirtschaft und Gesellschaft.

UNSERE POSITIONEN

Mehr MINT-Absolventen und Ausbau des Fachhochschulsektors

Unsere Unternehmen müssen den Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften im Bereich der Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie der Informatik decken können, um durch Innovation den Wirtschaftsstandort Österreich zu stärken. Sowohl Studienabsolventen von Universitäten, als auch von Fachhochschulen werden benötigt. Die Zahl der – durch ihre praxisnahe Ausbildung von der Wirtschaft stark nachgefragten – Fachhochschulstudierenden und -absolventen muss entlang dem Bedarf der Wirtschaft erhöht werden.

Richtige Rahmenbedingungen und breites Hochschulverständnis

Universitäten brauchen dringend die richtigen Rahmenbedingungen, um sich im internationalen Wettbewerb um die besten Studierenden, Lehrenden und Forschenden durchsetzen, bei den Rankings bessere Ergebnisse erzielen und um den Studierenden und Forschenden mehr Qualität bieten zu können. Transparente und faire Zugangsregelungen, Studienbeiträge und eine kapazitätsorientierte, studierendenbezogene Finanzierung werden dringend benötigt. Gleichzeitig muss mit dualen Hochschulangeboten, Berufsakademien und anderen – die Hochschulbildung und „höhere Berufsbildung“ verbindenden – Hybridangeboten sowie mit einer größeren Durchlässigkeit das Verständnis von tertiärer Bildung verbreitert werden. Dabei sind die Qualität der Hochschulbildung sowie deren forschungsbasierte und praxisbezogene Ausrichtung aufrecht zu erhalten.

Hochschulsystem zukunftsorientiert weiterentwickeln

Unter Mitwirkung der Wirtschaft hat das Wissenschaftsministerium in dem Projekt „Zukunft Hochschule“ die Basis dafür gelegt, um Hochschultypen (öffentliche Universitäten und Fachhochschulen) und Studienangebote weiterzuentwickeln und die Durchlässigkeit auszubauen. Die Projektergebnisse sind nun konsequent in der Weiterentwicklung des Hochschulsektors und in der Mittelverteilung umzusetzen. Bis dato wurden vor allem Lehrgänge in der wissenschaftlichen Weiterbildung und Privatuniversitäten nicht (ausreichend) berücksichtigt. Dahingehend ist der gesamthafte Hochschulplan zu erweitern, wobei die wirtschaftlichen und strategischen Interessen des Rechtsträgers der jeweiligen Privatuniversität bei der Weiterentwicklung des gesamtösterreichischen Hochschulsektors entsprechend gewürdigt und gewahrt werden müssen.

UNSERE FORDERUNGEN

Zahl der MINT-Hochschulabsolventen erhöhen

■ Im MINT-Bereich müssen im Sinne der Ergebnisse aus dem Prozess „Zukunft Hochschule“ Studienplätze an Universitäten und Fachhochschulen ausgebaut werden, vor allem mit dem Fokus auf Ingenieurwissenschaften und Informatik. Es müssen ausreichend finanzielle Mittel im Zuge der Studienplatzfinanzierung, für Forschung & Entwicklung und auch für die hochschulische Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig muss bereits bei Kindern und Schülern das Interesse an MINT geweckt werden, um ausreichend geeignete Studienbewerber zu haben.

■ Die Anrechnung und Anerkennung von hochschulischen und außerhochschulischen Bildungsabschlüssen muss für MINT-Studiengänge erhöht werden. Das betrifft insbesondere Abschlüsse der (höheren) Berufs- und Schulbildung in der Technik.

■ Eine Sonderdotation des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) für die Grundlagenforschung im Bereich der Ingenieurwissenschaften muss eingeführt werden.

Fachhochschulsektor ausbauen

■ Der Bund muss mehr Fachhochschulstudienplätze finanzieren, sodass langfristig 60 Prozent und bis 2025 zumindest 40 Prozent aller Studenten ein Fachhochschulstudium absolvieren. Die Studienplätze müssen am Bedarf der Wirtschaft ausgerichtet sein. Insbesondere müssen Kompetenzen im Bereich MINT, Digitalisierung und Wirtschaft gefördert werden.

Neue Rahmenbedingungen für Universitäten

■ Faire Zugangsregelungen und kapazitätsorientierte, studierendenbezogene Finanzierung an öffentlichen Universitäten müssen eingeführt werden. Der Bedarf der Wirtschaft muss in angemessener Weise berücksichtigt werden, beispielsweise in dem die für die Beschäftigung der Hochschulabsolventen maßgeblichen Interessenvertreter in die Verfahren eingebunden werden. Es müssen gezielt Leistungsanreize gesetzt werden, unter anderem für prüfungsaktive Studierende und für die Einwerbung von Drittmitteln.

■ Studienbeiträge müssen eingeführt werden. Flankierend ist im Wege der Weiterentwicklung des Stipendienwesens sicherzustellen, dass nach Maßgabe der sozialen Bedürftigkeit, der fachlichen Eignung und dem Studienerfolg das Studieren gesichert ist.

■ Eingeworbene Fördermittel der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) und Mittel der Auftragsforschung müssen bei der Zuteilung von Hochschulraumstrukturmitteln berücksichtigt werden.



Breiteres Hochschulverständnis und Berufsakademien ausbauen

- Die Anrechnung und Anerkennung von hochschulisch und außerhochschulisch erworbenen Kompetenzen muss im Falle ihrer Gleichwertigkeit gewährleistet sein. Dies betrifft vor allem Berufsbildungsabschlüsse wie Meister- und Befähigungsprüfungen.
- Durchlässigkeit von nicht-traditionell Studierenden muss erhöht werden. Zur Stärkung der Berufsbildung ist es besonders wichtig, dass der Hochschulzugang von Absolventen der Lehre und von Meister- und Befähigungsprüfungen gefördert wird.
- Horizontale und vertikale Durchlässigkeit muss erhöht werden. Das betrifft sowohl Bildungsverläufe zwischen akademischer und beruflicher Bildung als auch innerhalb der akademischen Bildungslandschaft.
- Duale Studienangebote, vor allem bei der wissenschaftlich fundierten Berufsbildung und bei technischen Studienrichtungen, „Hybridangebote“ wie Berufsakademien und die „höhere Berufsbildung“ müssen etabliert und gefördert werden. Das muss in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft erfolgen.

Beitrag der Hochschulen zur Weiterbildung verbessern

- Die akademische Weiterbildung muss entlang wirtschaftlicher Interessen weiterentwickelt werden. Hier muss – vor allem im Sinne der Arbeitgeber – geklärt werden, wie Weiterbildungsabschlüsse (nach dem Bologna-System und NQR) einzustufen und gegebenenfalls anzupassen sind.
- Die akademische Weiterbildung muss im gesamten Hochschulsektor – vor allem hinsichtlich der Qualitätssicherung – denselben Wettbewerbsbedingungen unterliegen.
- Entsprechende Ausbildungsformate für die Weiterbildung sind bedarfsorientiert, kompatibel zu einer beruflichen Tätigkeit bestmöglich in regionaler Erreichbarkeit und mit Unterstützung durch digitale Hilfsmittel zu gestalten. Die Einbindung der Wirtschaft soll Hochschulen bei der Weiterentwicklung unterstützen.

- Parallel dazu sind geeignete Finanzierungsmöglichkeiten zu entwickeln, beispielsweise durch die steuerliche Absetzbarkeit der Weiterbildungskosten.

Gesamthafte Hochschulstrategie mit Wirtschaft abstimmen

- Eine Gesamtstrategie für den Hochschulsektor muss erarbeitet und – auch bei der Ressourcenvergabe seitens des Bundes – konsequent umgesetzt werden. Aufbauend auf das Projekt „Zukunft Hochschule“ sind insbesondere das Angebot der akademischen Weiterbildung an österreichischen Hochschulen und der Sektor der Privatuniversitäten strategisch zu planen. Die wirtschaftlichen und strategischen Interessen des Rechtsträgers der jeweiligen Privatuniversität müssen dabei jedenfalls gewürdigt und berücksichtigt werden.
- Privatuniversitäten müssen faire Rahmen- und Wettbewerbsbedingungen erhalten, um innovative (Nischen-)Studiengänge anzubieten. Das ist notwendig für mehr Diversität und als Ergänzung zum österreichischen Hochschulsektor. Der Bund soll die Möglichkeiten des § 5 Abs. 1 PUG nutzen und zur Erreichung seiner strategischen Hochschulziele bestimmte Lehr- und Forschungsleistungen an Privatuniversitäten zukaufen.
- Qualitätssicherung muss als innovationsermöglichende Qualitätsentwicklung etabliert werden.
- Unternehmerisches Denken und Handeln muss in der Hochschule und in den Studienprogrammen bzw. Curricula, hier vor allem an Universitäten, verankert werden.
- Berufsbegleitende Studiengänge müssen auch an Universitäten ausgebaut werden, um eine bessere Vereinbarkeit und eine stärkere Verzahnung von Studium und Beruf zu erzielen.
- Das Bachelorstudium muss auch de facto die Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen für den Arbeitsmarkt gewährleisten und das Masterstudium muss auf Spezialisierung bzw. Führungsfähigkeiten ausgerichtet sein.

Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft stärken

- Unternehmen verfügen häufig nicht über eine eigene Infrastruktur in der Forschung & Entwicklung bzw. über eigenes Forschungspersonal. Eine gute Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft stärkt die Innovationsfähigkeit und verkürzt die Zeit bis zur Marktreife von Innovationen. Der Zugang von Unternehmen zu wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen sowie zu Forschungsinfrastrukturen muss auch für den Prototypenbau, Demonstrationsvorhaben sowie die Validierung von Innovationen und die Erstproduktion in Pilotanlagen unterstützt werden.
- Akademische Spin-Offs müssen gefördert werden. Dafür bedarf es unter anderem eines Ausbaus der personellen Ressourcen und der Infrastruktur an Hochschulen sowie einer Investition in hochschulinterne Gründungslehre, -beratung, -begleitung, -förderung und -forschung.
- Wenn von Hochschulen durch Auftragsforschung Drittmittel eingeworben werden, müssen die legitimen Schutzinteressen der beteiligten Unternehmen gewahrt bleiben. Das betrifft vor allem die Markt- und Innovationsstrategie der Unternehmen.

Hochschulen als leistungsfähige Forschungsdienstleister ausbauen

- Hochschulen, vor allem die technischen Fakultäten und Fachhochschulen, können einen großen Beitrag zur Innovationsfähigkeit der Wirtschaft leisten. Dazu sind die Bedingungen von den Hochschulen selbst – im Rahmen ihrer Autonomie – zu verbessern: Der Zugang von Unternehmen zu Knowhow am Stand der Wissenschaft, leistungsfähige wissenschaftliche Netzwerke, die Forschungsinfrastruktur bzw. die Zusammenarbeit mit Unternehmen. Dadurch soll sowohl die kurzfristige, projektbezogene Zusammenarbeit, als auch die langfristige Kooperation mit Unternehmenspartnern ausgebaut werden.

- Die Bedingungen für die Nutzung von geistigem Eigentum müssen von den Kooperationspartnern, nämlich den Hochschulen und den Unternehmen, zweckmäßig und effizient gestaltbar sein. Dabei sollen von den Partnern berücksichtigt werden: ihre jeweilige Rolle im Projekt, ihr Verwertungsinteresse und ihr Beitrag zum Projekterfolg.
- Stiftungsprofessuren in Wissenschaftsbereichen mit Relevanz für die Wirtschaft sollen an Universitäten und Fachhochschulen verstärkt bedarfsorientiert eingerichtet werden können. Und zwar mit Hilfe von Unternehmen und mit staatlicher Unterstützung.

Lehrerbildung an den praktischen Anforderungen der Schulabsolventen ausrichten

- Einführung einer Basisausbildung im Bereich Berufs- und Bildungswegorientierung für alle Lehramtsstudien an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen inklusive entsprechender Fortbildungsangebote.
- Eine berufliche und ausbildungsmäßige Aufwertung der berufs- und bildungsberatenden Lehrer sowie eine verpflichtende Weiterbildung ist für diese vorzusehen
- Die Vermittlung wirtschaftlicher Grundkenntnisse, Kenntnisse über die Arbeitswelt und Kenntnisse über das Unternehmertum sollen Teil der Pädagogenausbildung werden.
- Alle Pädagogen lernen im Zuge ihrer Aus- und Fortbildung auch die jeweils anderen Zweige des Schulsystems kennen (NMS-Lehrer kennen die Verhältnisse in der VS, AHS-Lehrer jene in der NMS usw.).
- Adäquate Angebote für (Berufsorientierungs-) Lehrer um über MINT-Fächer entsprechend informieren zu können.

LEBENS LANGES LERNEN UND DURCHLÄSSIGKEIT

WIR LERNEN EIN LEBEN LANG.

Aktuelle und erwartete wirtschaftliche und technische Entwicklungen stellen neue und vielfach nicht vorhersehbare berufliche Anforderungen an Beschäftigte und Unternehmer. Dadurch erhalten Bildung und insbesondere auch Berufsbildung eine neue Perspektive: Menschen sollen in jedem Lebensalter durch passende Angebote an Bildung und Beratung Unterstützung finden, um Veränderungen und neue Anforderungen zu meistern.

Die Breite und Vielfalt an Bildungsangeboten in Österreich wirkt positiv auf Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit. Die Vielzahl an Akteuren und Anbietern führt allerdings zu einer relativ starken Segmentierung zwischen Allgemeinbildung, vollschulischer und dualer Berufsbildung und Hochschulbildung sowie zwischen Erstausbildung und Erwachsenenbildung.

Um Lernen unabhängig vom Alter zu ermöglichen, Transparenz zwischen Abschlüssen zu schaffen und Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bildungssektoren zu stärken, bedarf es eines gemeinsamen strategischen Rahmens. Die seit mehreren Jahren in Umsetzung befindliche Strategie zum lebensbegleitenden Lernen (LLL) macht nur in Teilbereichen Fortschritte. Der Hauptgrund dafür liegt in der fehlenden politischen Zuständigkeit für diese Querschnittsmaterie.

POLITIK KOORDINIEREN

Die Verantwortung für die Querschnittsmaterie LLL soll politisch in einem Staatssekretariat verankert werden. Dieser benötigt ein klares und umfassendes Mandat, das „gleiche Augenhöhe“ mit Bundesministern und Landeshauptleuten ermöglicht.

DER NATIONALE QUALIFIKATIONS- RAHMEN ALS ÜBERGREIFENDER RAHMEN ÜBER ALLE BILDUNGSABSCHLÜSSE

Der nationale Qualifikationsrahmen (NQR) soll als einheitlicher Bezugspunkt für alle formalen und nicht-formalen Bildungsabschlüsse dienen. Die Zuordnung von Qualifikationen zu den einzelnen Niveaustufen nach dem NQR-Gesetz muss rasch umgesetzt werden. Der NQR soll die Transparenz zwischen Abschlüssen erhöhen und eine prinzipielle Gleichwertigkeit zwischen beruflicher, allgemeiner und akademischer Bildung zum Ausdruck bringen. Dem NQR selbst kommt keine regulierende Wirkung in Bezug auf Zugang zu Bildungsangeboten und Anrechnungen von Lernleistungen zu. Dieses Instrument kann und soll aber dazu genutzt werden, horizontale und vertikale Durchlässigkeiten im Sinne von „Bildungspfaden“ zu fördern.





DURCHLÄSSIGKEIT UND SEKTOR- ÜBERGREIFENDE BILDUNGSPFADE

Die positive Vielfalt an Lernorten und Lernarten muss durch mehr und bessere Zusammenarbeit von Bildungsanbietern zusammengeführt werden. Kein Bildungsabschluss darf eine Sackgasse sein. Zugangsvoraussetzungen zu weiterführenden Bildungsangeboten und Anrechnungen sollen durch die aufnehmende Einrichtung auf Basis erbrachter Lernleistungen und nicht institutionenzentriert begründet sein.

HYBRIDQUALIFIKATIONEN ALS BRÜCKEN ZWISCHEN SEKTOREN

Zwischen der höheren Berufsbildung, also Bildungsabschlüssen, die in der Regel auf eine absolvierte Lehre aufbauen (z.B. Meister-, Befähigungsprüfungen, Bilanzbuchhalterprüfung) und Hochschulbildung sollen neue und zielgruppenorientierte Brückenangebote auf Bachelorniveau geschaffen werden. Dabei soll von den Hochschulen festgelegt werden, welche Abschlüsse der höheren Berufsbildung auf diese Bachelor-Studiengänge Anrechnung finden können. Ziel ist, die Durchlässigkeit zwischen den Sektoren zu erhöhen und Anschlussfähigkeit im Hochschulsektor zu ermöglichen. Ein gutes und seit Jahren bestehendes Beispiel für eine derartige Hybridqualifikation ist die Berufsreifeprüfung, die auf der Sekundarebene Lehrabschluss mit einem schulischen Abschluss kombiniert und horizontale Durchlässigkeit ermöglicht.



**7 | WEITERBILDUNG.
AM BALL BLEIBEN.**



DIE HERAUSFORDERUNGEN

Die Kombination aus einer älter werdenden Erwerbsbevölkerung und wirtschaftlichem Strukturwandel birgt Sprengkraft. Unternehmen und andere Arbeitgeber können ihren Qualifikationsbedarf immer weniger durch junge Menschen, also Absolventen von Schule, Lehre und Hochschule abdecken. Dazu kommen in den meisten Berufen neue Anforderungen, die sich insbesondere aus der Digitalisierung und Internationalisierung ergeben.

Wir stehen vor einer Qualifikationsherausforderung, die – aufbauend auf einer guten Erstausbildung – nur durch eine Aufwertung der Erwachsenenbildung gelöst werden kann. In der österreichischen Bildungspolitik und vor allem der Bildungsfinanzierung kommt der Weiterbildung aber nicht jene Bedeutung zu, die sie angesichts der Herausforderungen haben sollte.

Viele Bildungsabschlüsse von Erwachsenenbildungseinrichtungen haben eine hohe Bedeutung am Arbeitsmarkt. Die Chance, die sich durch den Erwerb entsprechender Qualifikationen in Bezug auf Beschäftigung und Einkommen eröffnen, sind vielen Lernenden allerdings nicht bewusst: Als „nicht-formale Qualifikationen“ haben diese Bildungsabschlüsse weniger Sichtbarkeit als schulische oder hochschulische Abschlüsse.

Der Großteil der Weiterbildungskosten wird privat getragen. Ohne Hinzurechnung der AMS-Mittel betragen die öffentlichen Investitionen in die Erwachsenenbildung kaum mehr als ein Prozent der Gesamtausgaben für Bildung! Zusätzlich ist die Förderungslandschaft für Weiterbildung von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich, zersplittert und wenig übersichtlich.

UNSERE POSITIONEN

Bewusstseins- und Kulturwandel einleiten

Es muss gelingen, Bildung als lebenslangen Prozess zu verankern. Nur so können wir in einer wissens- und innovationsgetriebenen Wirtschaftswelt wettbewerbsfähig bleiben. Weiterbildung ist damit eine wesentliche Komponente der Wirtschafts- und Standortpolitik. Dafür bedarf es eines umfassenden Bewusstseins- und Kulturwandels. Weiterbildung und Lernen müssen als etwas Notwendiges und Selbstverständliches wahrgenommen werden. Entscheidend ist, das verbreitete Anspruchsdenken zu überwinden. Ein Fokus auf Weiterbildungsrechte und Ansprüche aufgrund durchlaufener Weiterbildung sind kontraproduktiv und stehen der Notwendigkeit eines umfassenden Aufbruchs im Wege.

Die vielfältige Weiterbildungslandschaft als Stärke begreifen

Das Nebeneinander von öffentlichen, gemeinnützigen und gewinnorientierten Anbietern und die daraus resultierenden Marktprozesse sind eine besondere Stärke der österreichischen Erwachsenenbildung. Der Wettbewerb zwischen den Anbietern stellt eine hohe Bedarfsorientierung und Reaktionsfähigkeit des Angebots an sich rasch ändernde Anforderungen der Wirtschaft und der Individuen sicher.

Die Weiterbildung fördern

Sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer sind Bildungsaufwendungen Zukunftsinvestitionen zur nachhaltigen Sicherung und Weiterentwicklung erreichter Positionen. Trotz sehr hoher Ausgaben durch Unternehmen und Individuen müssen wir von Unterinvestitionen in Weiterbildung ausgehen. Die Gründe dafür liegen insbesondere in unvollständigen Informationen sowie einer Unsicherheit hinsichtlich einer Nutzenrealisierung im konkreten Individualfall. Um diese strukturelle Unterinvestition langfristig auszugleichen, bedarf es einer aktiven Politik zur Förderung der Weiterbildung, eingebettet in eine umfassende Strategie des lebenslangen

Lernens. Nur so kann es gelingen, die hohe Produktivität der Arbeit und das darauf beruhende hohe Lohnniveau in Österreich zu halten, Arbeitslosigkeit zu vermeiden und sozialer Exklusion aufgrund fehlender Basiskompetenzen vorzubeugen.

Effizienzzielsetzungen der Unternehmen respektieren

Unternehmen sind maßgebliche Akteure in der Weiterbildung und tragen den Großteil des Gesamtvolumens an Weiterbildungskosten. Aus Unternehmenssicht handelt es sich dabei um Investitionen, denen ein entsprechender Nutzen in Form höherer Produktivität gegenübersteht. Im Sinne einer möglichst hohen Effizienz der eingesetzten Mittel gilt es diese Zielsetzung zu respektieren. Dies impliziert, dass Weiterbildungsentscheidungen bedarfsgerecht auf Firmenebene und zwischen Individuum und Unternehmen getroffen werden müssen. Ziele in Bezug auf eine Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung besonderer (benachteiligter) Zielgruppen dürfen demnach nicht zu Lasten der Unternehmen gehen, sondern sind durch eine öffentliche Angebots- und Förderpolitik einzulösen.

Bessere Rahmenbedingungen setzen

In der Weiterbildungspolitik bedarf es eines anderen Instrumentariums als in anderen Bereichen der Bildungspolitik, wo primär der Staat die Bildung bereitstellt, und/oder den Löwenanteil der Kosten übernimmt: Eine direkte Regulierung ist in der Weiterbildung weder möglich noch zielführend. Anstelle von detaillierten Vorgaben oder Vereinheitlichungsanstrebungen bedarf es einer politischen Kontextsteuerung, etwa mittels Steuergesetzen oder Förderungen. Im Sinne einer höchstmöglichen Effizienz eingesetzter Mittel soll in der Weiterbildungspolitik daher folgendes Prinzip gelten:

So viel Regulierung wie notwendig und so viel Markt wie möglich

- Zentrales Element der Qualitätssicherung in der Weiterbildung ist der Wettbewerb zwischen den Anbietern.
- Wir brauchen klare, bundesweit gleiche und in sich konsistente Prinzipien der Weiterbildungsfinanzierung durch die öffentliche Hand.
- Öffentliche Förderungen sollen primär lernerzentriert (Subjektförderung) und so gestaltet sein, dass sie eine Hebelwirkung für weitere private Investitionen entwickeln.
- Zur Realisierung übergeordneter bildungs-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Ziele etwa im Bereich von Basiskennnissen und zur Sicherung von Weiterbildungsangeboten, die sich einer Marktsteuerung entziehen, bedarf es weitergehender Interventionen („Objektförderung“) an dafür in Frage kommende Bildungsanbieter, weitere öffentliche Förderungen für benachteiligte Zielgruppen, Teilnahmeverpflichtungen etwa im Rahmen der Schulung von Arbeitslosen etc.
- Öffentliche Förderungen an Weiterbildungsanbieter sollen mit dem Nachweis von Qualitätsstandards verknüpft werden. Diese müssen allerdings offen und im Einklang mit den spezifischen Zielsetzungen von Weiterbildungsanbietern sein. Berufliche Erwachsenenbildung hat andere Anforderungen an Trainer, Methoden und Vorgangsweisen wie etwa Erwachsenenbildung im Bereich Basiskompetenzen oder Allgemeinbildung. Keinesfalls dürfen enge und einseitige nationale Qualitätsinitiativen zu Regulierungen missbraucht und über international anerkannte Standards gestellt werden. Innovationen müssen gefördert und nicht durch Regulierungen gehemmt werden.
- Zur Schaffung der notwendigen Markttransparenz bedarf es eines Ausbaus der Berufsorientierung für Erwachsene.

UNSERE FORDERUNGEN

Bildungsfinanzierung: Entscheidend ist, was gelernt wird und nicht wo oder in welchem Alter

Alle formalen Ausbildungen bis Maturaniveau, die im Bildungswesen kostenfrei sind, sollen auch im Falle des Nachholens durch Erwachsene an Weiterbildungseinrichtungen kostenfrei sein. Weder das Alter der Lernenden noch die Rechtsform des Bildungsanbieters soll ein prinzipieller Ausschlussgrund sein.

Hinsichtlich der Frage, ob die öffentliche Finanzierung durch Direktzahlungen an Bildungsanbieter („Objektförderung“) oder durch individuelle Förderungen („Subjektförderung“) erfolgt, sollen folgende Grundsätze gelten:

Direktsubventionen an Bildungsanbieter auf nicht-marktfähige Angebote beschränken

Dies betrifft vor allem die allgemeine Erwachsenenbildung und hier insbesondere den Bereich grundlegender Kulturtechniken. Unter Direktsubventionen fallen auch öffentlich finanzierte Personal- und Sachressourcen an Schulen und Hochschulen.

Subjektförderung in der Weiterbildung als Prinzip etablieren

Im Falle nicht formaler beruflicher Weiterbildungen soll eine gemeinsame Mittelaufbringung durch die Lernenden, Arbeitgeber und öffentlicher Hand die Regel sein. Ausgehend vom Status quo der Ressourcenaufbringung (Zeit, Infrastruktur, finanzielle Mittel) muss dies eine erhebliche Aufstockung der öffentlichen Mittel für Weiterbildung zur Folge haben. Zur Organisation der gemeinsamen Mittelaufbringung müssen folgende Schritte gesetzt werden:

Förderungen für weiterbildungsaktive Unternehmen verbessern

Die Förderung der betrieblichen Weiterbildung für Beschäftigte im Rahmen einer präventiven aktiven Arbeitsmarktpolitik muss weiterentwickelt und ausgebaut und im AMS als Regelinstrument verankert werden. Die Förderung sollte neben den Kurskosten stärker als derzeit auch die Personalkosten im Falle von kursbedingten Abwesenheiten während der Arbeitszeit umfassen. Für die im Zuge der Steuerreform 2015/2016 abgeschafften Instrumente Bildungsfreibetrag und Bildungsprämie soll ein Nachfolgemodell geschaffen werden. Steueranreize für Weiterbildungsinvestitionen durch Unternehmen sollen nicht nur für unselbstständig Beschäftigte, sondern auch von Unternehmern selbst in Anspruch genommen werden können.

Die Basis für individuelle Bildungskonten schaffen

Als transparentes und attraktives Finanzierungsinstrument für Weiterbildung sollen individuelle Bildungskonten geschaffen werden. Auf einem Bildungskonto bei einer Bank oder einer Versicherung angesparte Mittel sollen mit einem staatlichen Zuschuss von mindestens 30 Prozent prämiert werden. Einen ähnlichen Anreiz soll es auch für die Einzahlungen der Bundesländer auf die Bildungskonten ihrer Landesbürger geben. Neben der Setzung von Anreizen für privates Bildungssparen und der damit verbundenen „Hebelwirkung“ öffentlicher Aufwendungen für mehr private Bildungsinvestitionen ermöglichen die Bildungskonten eine Bündelung von Förderungen verschiedener Fördergeber. Neben einer gesetzlichen Grundlage für die Bildungskonten sind Qualitätsstandards für Weiterbildungseinrichtungen notwendig, die Mittel aus den Bildungskonten entgegennehmen wollen.

Berufsorientierung für Erwachsene ermöglichen

Die über die individuellen Bildungskonten angesparten Mittel sollen auch für Angebote im Bereich der Berufs- und Bildungsberatung sowie Potenzialanalysen bei privaten und öffentlichen Anbietern verwendet werden können.

Bedeutung und Wert von nicht-formalen Qualifikationen durch den NQR sichtbar machen

In Erwachsenenbildungseinrichtungen erworbene „nicht-formale Qualifikationen“ sollen entsprechend ihrer Bedeutung am Arbeitsmarkt bzw. für weiterführende Bildungswege im nationalen Qualifikationsrahmen abgebildet werden. Die im NQR-Gesetz verankerte prinzipielle Gleichwertigkeit von allgemeiner/akademischer und beruflicher Bildung impliziert, dass Qualifikationen der Erwachsenenbildung auch auf den obersten NQR-Niveaus zugeordnet werden.

Schaffung eines gemeinsamen Rahmens „höhere Berufsbildung“

Für berufliche Weiterbildungen und Prüfungen (Werkmeisterschulen, Meister- und Befähigungsprüfungen, Bilanzbuchhalterprüfung etc.) auf den NQR-Niveaustufen 5 bis 7 soll als begriffliche Klammer „höhere Berufsbildung“ in das österreichische Bildungssystem eingeführt werden. Dieser Begriff soll für alle Sektoren in den jeweiligen Gesetzen verankert werden. Damit soll dieses für die Wirtschaft wichtige Bildungssegment sichtbarer werden und die Gleichwertigkeit dieser Qualifikationen mit jenen der akademischen Tertiärbildung signalisiert werden.

Qualitätsstandards und Ö-Cert

Ö-Cert ist eine gemeinsame Klammer über anerkannte nationale und internationale Qualitätsverfahren und -standards im Bereich der Erwachsenenbildung. Abhängig vom Profil und den Zielsetzungen von Weiterbildungseinrichtungen soll es diesen freistehen, das für sie passende Instrument aus der Liste anerkannter Verfahren einzusetzen. Ö-Cert dient dazu, Transparenz zu schaffen und die Förderwürdigkeit von Weiterbildungsanbietern nachzuweisen. Darüber hinausgehende Zielsetzungen und Regulierungen sollen mit Ö-Cert nicht verfolgt werden. Die Definition eigener und zusätzlicher Kriterien und Anforderungen oder gar eine inhaltliche Bewertung einzelner Kurse durch Ö-Cert ist der Vielfalt und Bedarfsorientierung der Weiterbildung abträglich und nicht im Sinne der Wirtschaft.

Berufspraktische Kompetenzen sicherstellen

Für die berufsbezogene Erwachsenenbildung ist das Prinzip der Nebenberuflichkeit der Trainer von zentraler Bedeutung: Experten aus Unternehmen und wirtschaftsnahen Organisationen stehen nebenberuflich als Vortragende und Trainer/innen zur Verfügung und garantieren dadurch Relevanz und Wissenstransfer zwischen Praxis und Bildung. Abgabenrechtliche Rahmenbedingungen und arbeitsrechtliche Vorgaben dürfen diesem Erfolgsmodell nicht entgegenstehen.

STICHWORTVERZEICHNIS

	Seite
AHS	22
Autonomie (Schule)	21, 22, 23
Berufsorientierung	26, 45
Bildungskonto	44
Bildungspflicht	22
Berufsakademie	37
Berufsreifeprüfung	29, 40
Berufswettbewerbe	31
BMHS	21
Digitalisierung	16, 36
Durchlässigkeit	29, 30, 35, 39, 40
Elementarpädagogik	14, 15
Ergebnisorientierte Schulfinanzierung	23
Erwachsenenbildung	39, 42-45
EuroSkills	31
Frühförderung	14
Gesamtschule	25
Ganztagsschule, Nachmittagsbetreuung	25
Hochschulzulassung und Studienplatzkontingente	36
Individualisierung	21
Internationalisierung	21, 32
Kinderbetreuung, Ferienbetreuung	15, 21, 25
Lebenslanges Lernen	30, 39, 42, 43
Lehramt	24, 26, 38
Lehrbetriebsförderungen	29
Lehre und Matura	30
Migration und Integration	17, 18
„MINT“	21, 34-36
Nationaler Qualifikationsrahmen (NQR)	39, 45
Profilbildung an Österreichischen Universitäten	34, 35
Qualitätsmanagement (Schulen)	22
Schulmanagement	22, 23
Schulträgermodell	22, 23
Sprachförderung	15, 17, 18
Studienbeiträge	36
Transparenz	11, 39, 43
Vorschule	14, 15
WorldSkills	31



**LEITER DER ABTEILUNGEN FÜR BERUFSAUSBILDUNG
BZW. LEHRLINGSSTELLEN DER WIRTSCHAFTSKAMMERN**

	ABTEILUNGSLEITER	LEHRLINGSSTELLENLEITER
WK Österreich Abteilung für Bildungspolitik Wiedner Hauptstraße 63 1045 Wien	Prof. Dr. Michael LANDERTSHAMMER T: 05 90 900-3573 F: 05 90 900-3548 michael.landertshammer@wko.at	
WK BURGENLAND Referat Berufsausbildung Robert-Graf-Platz 1 7000 Eisenstadt	Dr. Sabine LEHNER T: 05 90 907-5510 F: 05 90 907-4415 sabine.lehner@wkbgl.at	Ing. Anton BACHMAIER T: 05 90 907-5410 F: 05 90 907-5415 anton.bachmaier@wkbgl.at
WK KÄRNTEN Abteilung für Berufsausbildung Koschutastraße 3 9020 Klagenfurt	Mag. Benno TOSONI T: 05 90 904-850 F: 05 90 904-854 benno.tosoni@wkk.or.at	
WK NIEDERÖSTERREICH Abteilung Bildung Wirtschaftskammer-Platz 1 3100 St. Pölten	Mag. Stefan GRATZL T: (02742) 851-17500 F: (02742) 851-17599 stefan.gratzl@wknoe.at; berufsausbildung@wknoe.at	
WK OBERÖSTERREICH Abteilung Bildungspolitik Wiener Straße 150 4024 Linz	Mag. Harald WOLFSLEHNER T: 05 7000-7000 F: 05 7000-7009 harald.wolfslehner@wifo-ooe.at	Mag. Friedrich DALLAMASSL T: 05 90 909-4000 F: 05 90 909-4009 friedrich.dallamassl@wkoee.at
WK SALZBURG Abteilung für Bildungspolitik Faberstraße 18 5027 Salzburg	Mag. Rudolf EIDENHAMMER T: (0662) 8888-318 F: (0662) 8888-562 reidenhammer@wks.at	
WK STEIERMARK Bildungspolitische Abteilung Körblergasse 111-113 8021 Graz	Dr. Martin NEUBAUER T: (0316) 601-327 F: (0316) 601-700 martin.neubauer@wfi.wkstmk.at	Dr. Gottfried KRAINER T: (0316) 601-352 F: (0316) 601-716 gottfried.krainer@wkstmk.at
WK TIROL Bildungsabteilung Egger-Lienz-Straße 116 6021 Innsbruck	Dr. Johannes HUBER T: 05 90 905-7300 F: 05 90 905-57300 johannes.huber@wktirol.at	
WK VORARLBERG Abteilung für Berufsausbildung, Lehrlingsstelle WIFI Campus, Trakt B Bahnhofstraße 24, 6850 Dornbirn	Dr. Christoph JENNY T: (05522) 3893-320 F: (05522) 3894-118 jenny.christoph@wkv.at	
WK WIEN Abteilung für Bildungspolitik und Berufsausbildung Rudolf-Sallinger-Platz 1 1030 Wien	Mag. Erich HUBER T: (01) 51450-2413 F: (01) 51450-2469 erich.huber@wkw.at	

NEWS.WKO.AT/BP/STARKEBILDUNG